

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4089 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 200.

Sonntag, den 27. August 1905.

12. Jahrg.

Wozu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Deutschland.

„Anarchosozialisten“. In einer von ca. 3000 Personen besuchten Massenversammlung im Grenzpalast zu Berlin sagten sich die lokalorganisierten Gewerkschaften des Reichs von der Sozialdemokratie los, erklärten sich für den Ausbruch sozial-revolutionärer Gewerkschaften und stürzten den Generalstreik. Das Referat hielt der bekannte Konfessionsrat Dr. Friedberg. Dieser Name sagt genug schon, wie es in dem schönen Worte heißt. Es gipfelte in einer Verdammung des Marxismus und der materialistischen Geschichtstheorie im allgemeinen und der sozialdemokratischen Taktik im besonderen. Das Proletariat werde in der Partei und den Gewerkschaften geradezu zur Feindschaft erregt. Deshalb müßten sich alle, die eine vernünftige Auffassung von der Freiheit und Würde des Proletariats hätten, um das neue Banner des Anarchosozialismus scharen, dem sicher eine große Zukunft beschieden sei, und der die Ideale des Sozialismus auch tatsächlich verwirklichen werde. Der radikale Konfessionsrat Friedberg ist also auch in der Konfession so radikal, daß er gleich mit einem Kompromiß anfängt, nämlich mit einem Kompromiß zwischen Anarchisten und Sozialisten. Folgende Resolution wurde gegen ca. 20 Stimmen angenommen:

„Eine Reihe von Ereignissen in Deutschland haben im letzten Jahrzehnt ein gewaltiges Gefallen der Reaktion und ein Zurückweichen des deutschen Proletariats aus bereits gewonnenen Positionen materieller wie sozialer Entwicklungsmöglichkeiten bezeugt (Wahlrechtsraub in Sachsen, Hamburg, Lübeck, Dresden, Verletzung der Schule in Preußen, Kräftigung der Junkerklasse durch Kornzölle, Verletzung der Wohnrechte durch Geschäftsordnungsänderung im Reichstage, Neutralitätsklärung der Gewerkschaften, Abschwächung der Arbeiter usw. usw.), während nur bei anderen Völkern, Romanen und Slaven, ein starkes Fortschreiten im Klassenkampf und der immer mehr ähnelnden Befreiung der Massen wahrzunehmen ist.“

Die parlamentarischen Scheinfolge, wie auch die völkisch erfolgte Befreiung der Lebenshaltung können über die Rückschritte im Klassenkampf nicht hinwegtäuschen. Da die ersten vornehmlich dem Zurückweichen, fast sogar Verweigen aller revolutionären Ziele die letzten der überaus günstigen wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands zu verdanken sind. Die dogmatische Auffassung des Marxismus, des stofflichen Materialismus, hat das deutsche Proletariat unter Verleumdung aller direkten revolutionären Beeinträchtigung seine ganze Kraft Jahrzehnte hindurch vornehmlich der allmählichen Umänderung der ökonomischen Verhältnisse zuwenden lassen, welchen Bestrebungen die parlamentarische wie gewerkschaftliche Aktion heute hauptsächlich gewidmet sind. Wehe auf dem Boden und innerhalb des gesetzlichen Rahmens des heutigen Klassenstaates vor sich gehenden Bestrebungen konnten nur unter Einwirkung des Sozialismus mit seiner revolutionären, internationalen, gläubigen, auf die Befreiung des ganzen Menschen gerichteten Weltanschauung erfolgen, der zu einer lebhaften Umänderung der ökonomischen Verhältnisse gerichteten Bewegung umgeformt und zugespitzt wurde. Wenn es vielmehr eine historische Notwendigkeit war, zur Schaffung des Organisationsrahmens so vorzugehen, so ist die Umänderung der Taktik zu schneller endgültiger Erreichung der Ziele des Sozialismus jetzt dringend geboten. Nicht das Parlamentieren mit den Gegnern und das Erzingen von Augenblicksvorteilen darf jetzt im Vordergrund stehen, sondern die Umwandlung der für den wirtschaftlichen Kampf beruflich organisierten Proletarier zu Klassenkämpfern, ihre Loslösung vom heutigen Klassenstaat, dessen Befehlen und Institutionen.

Der schwerste Schlag, den das deutsche Proletariat in seinem Klassenkampf empfangen, ist deshalb die sogenannte Neutralitätsklärung der Gewerkschaften, wodurch diese für den Kampf zwischen Kapital und Arbeit ausschlaggebendste Institution des Proletariats ihrer eigentlichen Bestimmung entfremdet und das Proletariat seiner wichtigsten Waffe im Klassenkampf beraubt ist. Parlamentarismus und Neutralität der Gewerkschaften haben zwar einen weiten Personenkreis der Arbeiterbewegung zugeführt, aber nur unter Preisgabe aller wirklichen Ziele und der Zukunfts Hoffnungen des Proletariats. Ein völliger Frontwechsel in der Verwendung der materiellen wie geistigen Kräfte tut rot, die vornehmlich für Befreiung des Klassenkampfcharakters der Bewegung verwendet werden müssen.

Der Klassenkampf, der kein politischer, sondern ein militärischer und physischer (Revolutionierung der Köpfe) ist, muß sein einheitliches Gepräge wiedererhalten durch Bildung von sozialistischen Klassenkampforganisationen, die unter Zusammenfassung und Heranbildung wahrhaft revolutionärer Elemente sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die Träger des ganzen auf Umsturz der Klassenherrschaft gerichteten Befreiungskampfes sind.

Der auf der Ausbeutung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse aufgebaute Kapitalismus kann nur gestürzt werden durch Entziehung und Verwertung dieser Arbeitskraft seitens der ganzen proletarischen Klasse. Ihren Ausdruck finden die dahin gerichteten Bestrebungen in der Idee des Generalstreiks und der Agitation für denselben.

Deshalb erachten die am 23. August 1905 im Grenzpalast laudenden, dem Berliner Gewerkschaftsrat angehörenden Organisationen der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften „die Schaffung und den Ausbau sozial-revolutionärer Gewerkschaften, welche alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Bewegungen zusammenfassen und ihre vornehmlichste Kraft der Propaganda und Herbeiführung des Generalstreiks widmen, als die zurzeit wichtigste Aufgabe des deutschen Proletariats.“

Wir werden auf dieses friedbergsche Nachwort noch zurückkommen.

Für eine Schonung der schwachen Schultern, anläßlich der bevorstehenden Reichsfinanzreform tritt die — „Deutsche Tageszeitung“ ein. Als wir das lasen, da dachten wir unwillkürlich: Doch endlich einmal etwas Vernünftiges! Aber ach, unsere gute Meinung über den Diktator war verfehlt. In den weiteren Ausführungen sieht nämlich der Diktator aus, wie er die schwachen Schultern schonen will. Er ist gegen die Reichseinkommen- und Reichserbschaftsteuer, sowie gegen eine Regelung der Branntweinsteuerreform. Wohl aber hält er eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer — trotzdem er sie als nicht vollständig beizugehen —, ferner eine Erhöhung der Börsensteuer und die Einführung einer Steuer auf Margarine und Automobil für wünschenswert. Führender, man kann in Zweifel darüber geraten, ob Herr Diktator ob seiner Arbeit zu bebauern oder zu beneiden ist.

So ist's recht! Die „Magb. Bz.“ läßt sich schreiben: „Wie es heißt, soll es dem Kaiser nicht leicht geworden sein, den General zurückzuführen, den er als seinen Vorgesetzten nach Südwestafrika sandte und mit den weitgehendsten Vollmachten ausstattete. General v. Trotha, der nach wie vor beim Kaiser in hohem Ansehen stehen soll, wird nach seiner Rückkehr wahrscheinlich einen längeren Urlaub antreten und nach diesem wieder aktiv werden. Ob er von neuem eine Division erhalten wird (er kommandierte vorher die 16. in Trier) steht noch dahin. Er hat, wenn seine Ernennung zum Kommandeur eines Armeekorps erfolgen soll, noch etwa ein Duzend Vordermänner; diese Zahl wird sich aber bis zu seinem Eintritt in die Armee nicht unbeträchtlich vermindern. Sicher wird seine militärische Ansprache mit seiner Rückkehr nicht zu Ende sein, wie z. B. die Leutwein's, dem am 22. April 1905 der Charakter als Generalmajor verliehen wurde, womit seine militärische Laufbahn zum Abschluß kam.“ — Es wäre auch nicht schmerzhaft, wenn „Hilf“ Trotha — der in der literarischen Sandwüste so glänzende Proben seines Reichthums abgelegt hat — der deutschen Armee verloren ginge.

Zur Fleischnot bringt die „F. V. Volksst.“ die kaum gläubliche Mitteilung, daß sie aus besserer Quelle erfahren habe, daß die preussische Regierung nunmehr im Gegensatz zum bisherigen Verhalten Bobbielitz doch ein Eingehen auf die Inten Rufe nach Milderung der Fleischsteuer beschloß. Durch Vermittlung der oberen Verwaltungsbehörden läßt die Regierung jedoch durch die Polizei eine Erhebung darüber veranstalten, wie sich in den einzelnen Distrikten die Verhältnisse infolge der Fleischnot gestaltet haben, wie viel Rehger schlachten mußten usw. Die Polizei hat mit größter Beschleunigung binnen 24 Stunden zu berichten. — So lange wir nicht positive Beweise für diese Mitteilung haben, können wir nicht glauben, daß die preussische Regierung den Landwirtschaftsminister Bobbielitz durch eine Polizeierquete desabonniere.

Über den Einfluß der Fleischnot auf die Volks-gesundheit wird der „Freien Deutschen Press.“ geschrieben:

Die Herren Minister und Unbräte sollten sich auch bei den Ärzten über die Frage informieren, wie sehr die hohen Fleischpreise die Gesundheit und das Wohlbefinden der arbeitenden Klasse schädigen! Wie ich vielfach von Ärzten höre, ist es schwach bemittelten Familien nicht mehr möglich, kräftige Fleischkost und Bouillon solchen Kranken und Genesenden genügend zuzuwenden, die ihrer dringend bedürfen und auf Anordnung der Ärzte unbedingt haben müssen! Sollen auch solche arme Kranken mit der Versicherung getödtet werden, daß „es nicht so schlimm sei und jede Not in 6 Wochen wieder vorüber wäre?“ Will Herr v. Bobbielitz die schwere Verantwortung auf sich nehmen und den Armen für die Gesundheit und Leben in solchen Fällen unbedingt erforderliche Stärkung entziehen? Erhebungen bei unabhängigen Ärzten würden ersprechende Zahlen ergeben!

Dem „Borw.“ wird aus Sachsen geschrieben: Am empfindlichsten macht sich wohl die Fleischverteuerung in den

industriellen Distrikten Sachsens bemerkbar, wo bisher Fleisch schon zu den Selbheiten auf dem Tische des Arbeiters gehörte und wo neten Margarine das ebenfalls teurer gewordene Schweinefleisch die Butter ersetzen muß. Im Erzgebirge mit seinen Hungerlöhnen ist Fleisch für die Arbeiter überhaupt nicht mehr zu erschwingen. Mehr als in früheren Jahren sucht man hier das Defizit im Haushalte durch Billigernahrung auszugleichen, die die Arbeiter sich teilweise selbst sammeln können, was zumeist in den frühesten Morgenstunden vor dem Beginn der Arbeit geschieht. Da aber infolge der Lebensmittelverteuerung die Not im Hause größer ist als sonst, nimmt man es bei der Auswahl der Pilze weniger genau und verliert auch Sorten, die man sonst verschmähte. Die erschreckend hohe Zahl von Pilzvergiftungen mit tödlichem Ausgang, wodurch in mehreren Fällen ganze Familien hingerafft wurden, steht mit dem herrschenden, durch die Fleischnot gesteigerten Notstande im engsten Zusammenhange. Nicht minder empfindlich ist die Fleischnot in den großen Städten. Aus Chemnitz wurde kürzlich auf Grund amtlicher Aufstellungen gemeldet, daß auf dem dortigen Schlachthofe durchschnittlich pro Tag 620 Schweine weniger angetrieben worden sind als im Vorjahre. Im August 1904 sind dort beispielsweise 2008 zum Verkauf ausgesetzt worden, am gleichen Tage dieses Jahres nur 621. Dieser Anfall kann durch etwas stärkeren Antriebe anderer Schlachthöfe nicht gedeckt werden. Ähnliche Zustände herrschen auch in anderen sächsischen Städten. Es kann daher nicht überraschen, daß das Schweinefleisch durchschnittlich um 20 bis 25 Pfg. pro Pfund im Preise gestiegen ist; das Rindfleisch hat eine Preissteigerung um 10 Pfg. erfahren. Dem herrschenden Notstand zu steuern, haben schon mehrere Fleischvereine an die Regierung um Aufhebung der Grenzsperrpetitionen und die Schließung zahlreicher Fleischereien angefordert. Auch der sächsische Gastwirtverein hat eine Petition abgefaßt und darin darauf hingewiesen, daß er gezwungen worden sei, die Preise für Speisen zu erhöhen. In dieser Petition heißt es dann weiter: „Daß durch eine solche Verteuerung der Spielgerichte das arbeitende Volk schwer getroffen wird, geht daraus hervor, daß die Mehrausgabe eines Arbeiters, der auf sich allein angewiesen ist, pro Woche durchschnittlich eine Mark beträgt; das ist bei einem Wochenverdienste von 15 bis 20 Mk. eine Mehrausgabe allein für das Essen, die ein Arbeiter nicht zu tragen vermag.“ Auch verschiedene Stadtverwaltungen sind den Petitionen der Fleischer und Gastwirte gefolgt. So haben die Stadtverordneten in Zwickau kürzlich einen Antrag einstimmig angenommen, wonach die sächsische Regierung dringend ersucht wird, bei der Reichsregierung um schnelle Abhilfe bezüglich der hohen Fleischpreise vorzusuchen. Einen ähnlichen Beschluß haben die Stadtverordneten-Kollegien in Buchholz, Annaberg und Auerbach gefaßt und in anderen Städten sind solche Anträge in Vorbereitung. Die sächsischen Arbeiter haben in zahlreichen Massenversammlungen energisch gegen die Grenzsperrpetitionen und die Polizeipolitik protestiert und jeden Tag finden neue Versammlungen statt. Es ist unter der sächsischen Arbeiterschaft eine Protestbewegung im Gange, die an die Kundgebungen gegen den Bollwacker heranzieht.

Ueber die Ursachen der Rebellion in Ostafrika äußert sich Hauptmann Vane, früher Bezirkskommandant von Milow, im „Tag“ u. a. folgendermaßen: „Die Sache scheint doch bebenklischer zu liegen als zugestanden wird, d. h. man scheint den Ausbruch eines allgemeinen Aufstandes für möglich zu halten. Ein solcher aber müßte eine direkte Veranlassung haben, und diese könnte nur in irgend welchen mißliebigen Anforderungen zu suchen sein. Es sind nur aber drei Dinge, die der im großen und ganzen friedlich veranlagten Eingeborenen Ostafrikas in Hartnäckigkeit bringen können, und das sind: die Huttensteuer, der Arbeitszwang und die Schmälerung des Landbesitzes. In welcher Richtung nun das Vorgehen der Verwaltung auf Widerstand gestoßen ist, läßt sich von hier aus nicht übersehen. Was die Huttensteuer, die ich übrigens selbst mit angeregt und eingeführt habe, anbetrifft, so habe ich schon lange das Gefühl, als ob das Gutten zu viel geschähe, und ich habe manch anderen alten Afrikaner sagen hören: „Wie neuartig, wie lange das gut geht.“ — Es ist also die alte Geschichte, man nahm den Eingeborenen ihr Land, ihre Freiheit und zwang sie, für fremde rebellische Machthaber zu Steuern, bis ihm eines Tages der Druck zu stark wurde. Würden wir's anders machen, wenn die Schwarzen zu uns kämen?“

Das Geschäft blüht. Die landwirtschaftliche Viehzentrale, die ihre ersten noch Oberfleisch gebrachten Schweinefendungen noch am 21. Juli mit 52 Mark verkauft ließ, beauftragte vorgestern den Kommissionsärzter in Rattowitz, nicht unter 60 Mark per Zentner zu verkaufen. — Heil dem nationalen Schwein und der Fleischnot!

Die deutschen Hofhunde der russischen Barone. Mit den in Königsberg gekauften Soldlingen der baltischen Barone ist ein Lese der „Königsberger Volkszeitung“ bis

Inhaberburg zusammengeführt. Er teilt folgendes mit: Die Soldaten haben ihm mitgeteilt, daß sie zu je vier Mann auf die Güter verteilt werden sollen. Verschiedene haben schon eine Litwa, einen Revolver und Messer erhalten. Pferde und die anderen Waffen erhalten sie an Ort und Stelle. Sie führen bis Gydyskany, von da sollte es bis Myklow gehen. Da sollte jeder zu essen, zu trinken und zu rauchen bekommen, so viel wie jeder will. Den meisten war das die Hauptsache. Jeder von den Leuten machte sich nach Art der Indianergesellschaften seine Pläne. Der eine erklärte, er werde vielleicht dort reich heiraten usw. Sie gehörten den verschiedensten Parteien an, ja, selbst Apotheker, Kaufleute usw. befanden sich darunter. Aus ihren Reden aber war zu hören, daß, je näher sie der Grenze kamen, desto mehr ihnen das Herz in die Hose fiel. Einer sprach dem anderen Mut zu und auch Wieder wurden gesungen, wie: „Deutschland, Deutschland über alles!“ „Aber du mein lieb' Heimatland!“ Einige bezweifelten, ob sie ihr Vaterland noch einmal sehen werden. Auf die Bemerkung des einen Mitreisenden, daß es hoch unrecht von ihnen sei, gegen ihre russischen Brüder, die für ihre Freiheit kämpfen, vorzugehen und sich den Unterdrückten und reichen Leuten zur Verfügung zu stellen, da sie doch selbst arm seien, meinten verschiedene, es gehe nicht mehr zu ändern, da sie einen Kontrakt abgeschlossen hätten, der sie bis Mitte Januar dort halte. Auch werde es nicht so schlimm sein. Dort sollen sie Patrouillenritte machen und Wachtposten gegen die Aufständischen versehen. Ein gutes Geschäft hat die Agentin gemacht, die diese „Hofhund“ angeworben hat. Sie hat vom Baron 6 Mk. pro Kopf und von jedem Angeworbenen 2 Mk. erhalten.

Das schmutzige Wahlrecht. Wir berichteten kürzlich, daß gelegentlich der stattgefundenen Reichstags-Wahl im 9. hannoverschen Wahlkreis (Hemel) in dem Orte Dathover der Wahlvorsteher einem Wähler das Wahlrecht gestrichelt, den darin enthaltenen Stimmzettel (auf den Namen des sozialdemokratischen Kandidaten lautend) herausgenommen und dem Wähler einen Stimmzettel für den Kandidaten des Bundes der Landwirte übergeben habe, mit der Aufforderung, diesen zu wählen. Als der Wähler dann im „Stimmraum“ trotzdem den sozialdemokratischen Zettel ins Kувert gab und abwarf, ist nochmals das Wahlgeheimnis in ähnlicher Weise verletzt worden. Auf Anzeige bei der Staatsanwaltschaft lehnte diese die Einleitung eines Strafverfahrens ab, weil die Tat des Wahlvorstehers keine strafbare Handlung darstelle. Auf eingelegte Beschwerde hat jetzt auch die Oberstaatsanwaltschaft diesen ablehnenden Bescheid bestätigt. Das Weggehen gegen die Reichstagsbeschlüsse zur Sicherung des Wahlgeheimnisses ist also nach Ansicht der Staatsanwälte straflos. Öffentlich nimmt der Reichstag aus diesem Vorkommnis den Anlaß, das Wahlgeheimnis auch durch entsprechende Strafbestimmungen zu sichern, damit so dreifache Verletzungen nicht nur bestraft werden können, sondern auch verfolgt werden müssen.

Er weiß von nicht. Dr. Meyner, der vormalige nationalliberale Reichstagskandidat im Wahlkreis Essen, veröffentlicht zu dem gestern von uns wiedergegebenen Schreiben des Dr. Kay folgende Erklärung in der „Rheinische Westfälische Zeitung“: „1. Herr Dr. Eugen Kay ist mir völlig unbekannt. Weder ich, noch der nationale Verein Essen, noch der nationalsozialistische Verein Essen haben je mit ihm über meine Kandidatur verhandelt. 2. Wenn Herr Jacobs mit Herrn Kay oder mit irgend einer anderen Person oder Partei über meine Kandidatur korrespondiert hat, so ist das nicht nur gegen meinen Willen und ohne mein Wissen, sondern auch gegen den Willen und ohne das Wissen des nationalen Vereins und des nationalsozialistischen Vereins oder deren Vorstände geschehen. Herr Jacobs hatte und hat keinerlei Legitimation zu solcher Korrespondenz oder Verhandlung. Herr Jacobs behauptet übrigens auf eine anschließende des christlichsozialen Flugblattes j: an ihn gerichtete Anfrage, daß er nie einen Brief des in dem christlichsozialen Flugblatt veröffentlichten Inhalts erhalten habe. 3. Ich bin niemals Mitglied der nationalsozialistischen Partei gewesen. Der erst nach Auflösung der nationalsozialistischen Partei vor einigen Monaten entstandene hiesige nationalsozialistische Verein hat den Anschluß an die freisinnige Vereinigung und die Identifizierung seiner Bestrebungen mit dem Programm der früheren nationalsozialistischen Partei abgelehnt. Das ist bei der Einsetzung des Vereines scharf betont und auch in den Statuten des Vereines zum Ausdruck gekommen. 4. Es ist nicht wahr, daß ich „von den Nationalsozialisten aus Schöneberg-Berlin als Kandidat in Vorschlag gebracht bin oder daß irgend eine andere Partei außerhalb des nationalen Vereines Essen irgend welchen Einfluß auf meine Ausstellung gemacht hätte.“ — Wenn Herr Jacobs einen derartigen Brief nicht empfangen hat, wie wir ihn gestern veröffentlichten, so könnte nur von einer Missifikation die Rede sein. Die ganze Affäre bedarf jedenfalls noch sehr der Aufklärung, und Dr. Kay hat alle Veranlassung, sie rasch und präzise zu geben.“

Norwegen.

Entfernung der Unionsmarke. Außer den von Schweden für die Unionsauflösung gestellten Bedingungen werden von norwegischer Seite einige Anträge gemacht werden, darunter hauptsächlich wegen Entfernung der Unionsmarke aus der schwedischen Flagge. — Die Delegierten für die Verhandlungen, betreffend die Unionsauflösung, werden heute Vormittag gleichzeitig im norwegischen und schwedischen Staatsrat ernannt werden.

Rußland.

Die beschlagnahmte Kaiserrede. In einem der Bezirke des Sudogober Kreises (Gouvern. Wladimir) wohnt der Landhauptmann Bulgakow. Dieser Tage hat nun der Mann die Anordnung getroffen, daß in allen ihm unterstellten Dörfern die von der Semstwobehörde versandten Pakete mit Beschlag belegt werden sollten. Weshalb diese rigorose Maßregel? Man hört: In den Paketen befand sich die Rede, die der Zar am 6.-19. Juni im Schloß Peterhof gehalten hat und die von der Semstwobehörde zur Verbreitung im Volke abgedruckt worden war. — So weit geht die Macht der kleinen Provinzautoritäten, die, um ihre Haut und ihren Gehalt zu besorgen, selbst die Worte des Zaren verbieten.

Ein großes Wort Nikolaus II. Aus Petersburg meldet die offizielle russische Telegraphen-Agentur: „In der Stadt Balaichow hatten sich eine Anzahl Kreisärzte, die

den Dienst vor Kurzem demonstrativ eingestellt hatten, am 3. d. Mts. zu einer Beratung versammelt, wobei es zu Ausschreitungen des Pöbels gegen sie kam. Das Polizeidepartement teilt nun mit, daß die Urheber der Ausschreitungen dem Gericht übergeben worden sind. Wie der „Regierungsbote“ meldet, machte der Kaiser auf den Bericht Trepows über diese Vorgänge den Vermerk, revolutionäre Erscheinungen dürfen nicht mehr gebuldet, gleichzeitig aber auch nicht ein eigenmächtiges Vorgehen des Pöbels gestattet werden.“ — Was man unter dem Pöbel in Wahrheit zu verstehen hat, weiß man: Den Anhang der Bolschewiken, den diese beliebig verwenden, um ihre terroristische Herrschaft zu behaupten. Wir glauben aber, daß es den „revolutionären Erscheinungen“ sehr gleichgültig ist, daß Nikolaus II. sie nicht mehr gebuldet wissen will. Die Bemerkung des Zaren beweist nur das eine, wie wenig er den Geist begriffen hat, aus dem diese „revolutionären Erscheinungen“ geboren werden.

Eine Amnestie? Gerüchtesweise verlautet, daß demnächst, und zwar am 12. September, eine Amnestie publiziert werden solle. Zahlreiche Urteile der Kriegsgerichte, die auf Grund der Bestimmungen über den Kriegszustand gefällt worden sind, wurden vorläufig inhihiert. Der Finnländer Protop, der den Bombardieroberst Kramarenko ermordete und dafür zum Tode durch den Strang verurteilt worden war, soll durch die demnächst erscheinende Amnestie zu lebenslänglicher Kerkerstrafe „begnadigt“ werden. In die Luft gesprengt. Die Eisenbahnbrücke der Linie Radom-Warschau ist in die Luft gesprengt.

Ein Blutbad. Nach einer St. Petersburg Meldung der „Schles. Bzt.“ verursachte eine tausendköpfige Menge grobe Ausschreitungen (?) auf der Wajung des Fürsten Bagration. Zuvor den herbeigerufenen Kosaken und der Volksmenge kam es zu einem ersten Schammüßel. 20 Personen wurden getötet und viele verwundet.

Die Reaktionäre über das Dumagesetz. Die Stimmung, die der Schloß des Dumagesetzes im Lager der Reaktionäre erweckt hat, wird am besten gekennzeichnet durch einen Artikel der „Moskowskaja Wjedomost“: „... Wir aber wollen uns vorläufig irgend welcher Charakterisierung jenes Schrittes enthalten, der Rußland in die unüberwindliche Dunkelheit einer unbekannteren Zukunft hineingelockt hat, und uns als überzeugte Monarchisten vor dem Alleinherrenwollen des russischen Zaren beugen. Vor allem wollen wir Gott danken: bei der schwerwiegenden Umwälzung, die gegenwärtig in unserer historischen Dichtung vollzogen worden ist, sind die Grundgesetze des Reiches, die die Alleinherrschaft des Zaren wahren, unverletzt und unangestastet geblieben! Diese werden aber jetzt das Objekt wütender Verführungsbestrebungen unserer inneren Feinde bilden. Darum müssen sie auch von jetzt ab mehr als jemals der feste Punkt werden, von dessen unerschütterlicher und einmütiger Verteidigung das ganze Schicksal Rußlands abhängen wird. Daß die revolutionären Parteien sich mit den gewaltigen Korruptionen, die sie von der Regierung erhalten haben, nicht zufrieden geben, daran kann kein Zweifel sein. Schon jetzt geben sie offen ihre Absicht kund, die vom Kaiser genehmigte Verfassungsreform nur als „ersten Schritt“ zu betrachten zur Vollziehung ihrer aufwühlenden Forderungen, auf denen sie nunmehr mit noch größerer Frechheit und noch größerer Hartnäckigkeit bestehen werden, nachdem sie durch die schon erreichten Erfolge ermutigt sind und zu ihrer Befähigung ein so mächtiges Mittel wie die Gossudarstwennoja Duma und die in sie führenden Wahlen erhalten haben.“ — Dieses Geschreibsel kennzeichnet so recht den Wert der „Verfassung“.

Russische Desfialitäten. In der in Petersburg erscheinenden juristischen Zeitung „Pravo“ veröffentlicht die Verteidiger des zum Tode verurteilten unglücklichen Sidorski folgenden offenen Brief: Alle die schrecklichen Einbrüche, die wir, die Verteidiger des 20jährigen Jünglings Sidorski, der in Shtomir wegen eines politischen Mordes zum Tode verurteilt worden ist, erlebt haben, schwächen sich neben der Tatsache des erbarmungslosen Urteils ab. Aber wir können einige Ereignisse nicht verschweigen, die der Gerichtsverhandlung vorhergingen und die die Behandlung des Sidorski im Gefängnis zu Shtomir betreffen. Wir halten es für unsere Pflicht, sie zur weiteren Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen. Als wir am 18. Juli, am Vorabend der Gerichtsverhandlung nach Shtomir kamen, erfuhren wir, daß im Gefängnis Unruhen ausgebrochen seien. Zwei Arzt des jüdischen Krankenhauses erfuhren wir, daß während der Unruhen ein Arrestant von Wächtern durch Schüsse getötet und mehrere verwundet worden waren. Zur selben Zeit verwundete ein Dragoneroffizier ein auf der Straße vorübergehendes junges Mädchen tödlich und verletzte einen Knaben von 14 Jahren leicht. Als wir in das Gefängnis kamen, wurden wir in die Zelle geführt, wo Sidorski und noch zwei politische Gefangene — Andrei Stejniflow (16 Jahre alt) und der persische Untertan Smajal Abdakaz, Student einer ausländischen Universität (23-25 Jahre alt) — saßen. Diese drei politischen Gefangenen wurden in einer Zelle gehalten, die sich im Keller des Hofes befindet, aus dem zwei Fenster in den Hof gehen. Aus den Aussagen Sidorski und seiner Kameraden erfuhren wir, daß die Wächren im Gefängnis aus folgenden Gründen entstanden waren. Am Sonnabend stellten die politischen Gefangenen — acht an Zahl — der Verwaltung die sonst üblichen Forderungen betreffend Uebergabe der Briefe, Bücher, Besetzung einiger Verhafteter usw. Sie beschloffen diese Forderungen durch Obstruktion zu unterstützen: sie zerbrachen die Türen, die Türen, verbrannten die Matratzen usw. Dabei hatten die politischen Gefangenen die gewöhnlichen Verbrecher, sich der Obstruktion nicht anzuschließen. Als die Unruhen schon zu Ende waren, näherten sich den Fenstern der Zellen Wächter und gaben auf Sidorski und seine Kameraden in die kleine Zelle fünf bis sechs Revolvergeschosse ab. Die Häftlinge versteckten sich vor den Schüssen in dem Raum zwischen den zwei Fenstern der Zelle, wo die Kugeln sie nicht erreichen konnten; aber die Wächter schoben die Revolver durch die Öffnungen der Gitter und bemühten sich auf diese Weise Semanden zu treffen. Insbesondere wollten sie Sidorski töten. Einer der Wächter schrie ihm sogar zu: „Romm heraus, laß dich doch sehen!“ Durch einen Schuß wurde Sidorski in der rechten Wange verletzt. Die Wunde haben wir selbst gesehen und bezeugen auch, daß wir persönlich die Spuren der

Kugeln in der Wange und die platiggeschlagenen Kugeln, die aus der Wange herausgenommen wurden, gesehen haben. Als die gewöhnlichen Verbrecher die Schießerei hörten, schlossen sie sich auch der Obstruktion an und erklärten dabei, sie würden den Sidorski und den Gefangenen zur Aburteilung nicht herausgeben. Am Vorabend der Gerichtsverhandlung wurde nochmals in das Fenster der Zelle, wo sich Sidorski befand, ein Schuß vom Gefängnis abgegeben. Um drei Uhr nachts packten sechs Soldaten den schlafenden Sidorski und brachten ihn in das Bureau des Gefängnisses wobei ihm nicht einmal gestattet wurde, sich ganz anzuleiden. Von dem Bureau wurde er in das Gerichtsgebäude übergeführt. Vor dem Kriegsgericht erschien der zwanzigjährige Jüngling mit einer schwarzen Wunde über dem linken Auge, das ihm bei der Verhaftung von Schuldeuten und Spionen ausgeschlagen worden war und mit frischer Schramme auf der rechten Wange.

Volksverhetzung. Aus Shtomir schreibt man her „Russ. Korr.“: „Unser bekannter Erzbischof Antoni hielt an die Metropolitane folgende Ansprache: „Gütet euch vor den schändlichen Missethätigen, die an euch mit Vorkommnissen und mit allerhand schlechten Nebenakten herantreten. Diese Affen von Menschen, die das Aussehen unseres Landes verändern und ihm eine ganz fremde Gestalt verleihen wollen, sind eifrige Schlangen, Satansbrut, von denen uns eine solche Gefahr droht, wie f. B. Goa durch den Satan in Gestalt einer Schlange.“ Und in gleichem Sinne ging seine Rede weiter. — Man wird sich demnach nicht wundern dürfen, wenn in Shtomir wieder einmal die Iden folgeschlagen werden.“

Ein wertloses Dementi. Ein offizielles Petersburg Telegramm besagt: Die Wetzburg auswärtiger Blätter, daß die Mannschaften des 1. Gardehusaren-Regiments in Barskoje ihre Unteroffiziere aus der Kaserne geworfen und die Tore derselben geschlossen hätten, beruht, wie die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ mitteilt, vollkommen auf Erfindung. Ebenso unbegründet ist derselben Agentur zufolge, die Meldung von der am Montag wegen politischer Agitationen angeblich in Moskau erfolgten Verhaftung von 26 Offizieren.

Aus Russisch-Polen wird berichtet: Bei der polnischen Fabrikverwaltung in Lodz stellen 4500 Arbeiter. Sie fordern eine zehnprozentige Zulage und 11. Suaben Mittagsspaße, was die Direktion ablehnte. — In der Kaserne des Donetschen Infanterieregiments wurde eine plötzliche Untersuchung vorgenommen, wobei eine Menge Fahrgäste in polnischer und russischer Sprache beschlagnahmt wurden. 150 Soldaten sind aus diesem Grunde nach dem hiesigen Quarantäneort Lodzka hingerichtet worden. — In Warschau wurde aus dem Fenster eines Hauses auf eine Kutschakowitza ein Stein geworfen. Alle Einwohner des betreffenden Hauses wurden verhaftet. Heute ist der Generalgouverneur Maximowitsch aus letzter Sommerreise in Warschau eingetroffen. — In der Kesselfabrik von Sosnowo wurde in Warschau hängigen Fabrikarbeiter aus dem Schornstein eine rote Fahne herausgeholt. Infanterie umzingelte die Fabrikräume, alle Arbeiter und Bureaubeamten wurden nicht aus den Räumen hinausgelassen. Es wurde eine Durchsuchung vorgenommen, und sodann fanden Massenverhaftungen statt.

Frankreich.

Der Papst und die französischen Katholiken. Wie dem „Figaro“ aus Rom gemeldet wird, soll der Papst ein Schriftstück von großer Wichtigkeit vorbereiten, in dem er den französischen Bischöfen und Geistlichen Vorschriften für ihr Verhalten nach dem Inkrafttreten des Trennungsgesetzes erteilt. — Diese kurze Notiz beweist allerdings, wie notwendig es war, daß Frankreich ungefangen hat, einmal gründlich mit dem Merkantilismus abzurechnen. Französische Staatsangehörige, wie es die Bischöfe sind, müssen sich als Bürger der französischen Republik von einem auswärtigen Oberen lassen lassen, wie sie sich ihrem Vaterlande gegenüber zu verhalten haben! Man sieht, der Kampf gegen den aus Rom ressortierenden Merkantilismus ist noch lange nicht zu Ende!

Italien.

Nach dem Blutbade. Unser Zentralorgan erhält aus Rom folgenden eigenen Bericht: Die weiteren Nachrichten aus Granmiele vermehren noch den schrecklichen Eindruck der ersten. Bis jetzt sind bereits 14 Tote zu beklagen, der Zustand von 12 Verwundeten ist hoffnungslos. Außerdem befinden sich 150 Verwundete in ärztlicher Behandlung, und die Ärzte, die auch aus den benachbarten Städten herbeigekallt sind, glauben, daß viele Verletzte sich aus Furcht vor den Gerichten zu Hause selbst behandeln, was natürlich eine neue Gefahr darstellt. Nach offiziellen Nachrichten wurden 66 Schüsse abgegeben; da es sich um Militärlegewehre handelt, bei denen jeder Schuß 11 Kugeln enthält, so bedeutet das, daß auf eine völlig unbewaffnete Menge 726 Kugeln abgeschossen wurden. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß dies außer in Rußland in keinem europäischen Lande möglich wäre. Das Ministerium des Innern hat zur Unterstützung der betroffenen Familien — 2000 Lire geschickt, kaum so viel, wie es für Munition zur Mekelei verausgabt hat. Daran, den Polizeikommissar Basilio in Gravahsam zu bringen, hat man noch immer nicht gedacht. Der sozialistische Abgeordnete de Felice hat telegraphisch wenigstens seine Entfernung aus der Stadt gefordert, da es die Selbstherrschung des Landvolkes auf eine allzu harte Probe stellen heißt, wenn man den Schuldigen auf freiem Fuße an dem Ort seiner Verbrechen beläßt. Daß bei einigem guten Willen das fürchtbare Unglück zu vermeiden gewesen wäre, wird recht deutlich aus dem durch die Nachrichten, die der hiesige „Messaggero“ aus Arterna (Provincia Rom) erhält, wo eine viel ernstere und gewalttätigere Revolte am 18. d. Mts. ohne Blutvergießen überstanden wurde. Am frühen Morgen drangen 300 Landarbeiter in das Rathaus und forderten die Entferrnung des Regierungskommissars, der wegen Auflösung des Gemeinderats zeitweilig die Leitung der Ortsverwaltung in Händen hat. Es war nämlich im Orte gefagt worden, daß der Regierungskommissar den Gemeindevorstand verkaufen wolle. Der Beamte stellte dies auf das bestimmteste in Abrede, verließ aber

trotz dem das Maß aus, da er die erregten Menschen nicht beruhigen konnte. Am Nachmittag kam es dennoch zu einer neuen Demonstration. Die Menge brach die Postkisten und Karabiner mit Sägen, auch die städtischen Schutzeute wurden angriffen und gegen sie zwei Revolverkugeln abgegeben. Die Angeklagten antworteten, indem sie in die Luft schossen. Gegen Abend, nachdem die Bürger vom Unterpräkten von Weller die städtische Verfassung erhalten hatten, daß der Gemelndewald nicht verkauft werden dürfe, beruhigten sich die Bürger. Die Postkisten wurden zwar nicht auf ein so ruhmvolles Belegfeld, wie in Gramschke, wohl aber waren vier von ihnen mehr oder weniger schwer verletzt. Ob ihre Mäßigkeit und Besonnenheit wohl Anerkennung findet? — Die Protestversammlungen gegen die W. heile von Gramschke wurden zum großen Teile verboten.

Belgien.

Ein Majestätsbeleidigungsprozess. Dem „Verwärts“ wird aus Brüssel geschrieben: Ein ungerühmliches Ereignis ist in unserer politischen Leben eingetreten: die Staatsanwaltschaft hat sich gemüht gesehen, einen sozialdemokratischen Abgeordneten, den Genossen Dr. Leo Meymann aus Brüssel, wegen einer gegen König Leopold II. gegangenen angeblichen Majestätsbeleidigung verfolgen zu lassen. Ein Majestätsbeleidigungsverfahren ist für Belgien eine große Seltenheit. Seit 1886, wo das Schöffengericht von Genl nach den blutigen Morden der Genossen Anseele der Majestätsbeleidigung freisprach, trotz dem unser Gewisse den König unter „Völkerverderber“ genannt hatte, haben sich die Gerichte zum Schutze der königlichen Majestät nicht mehr bemüht. Die einmal inszenierten mittels deutlicher Justiz einen Prozess gegen das „S. a. b. G. o.“, und das wegen eines Artikels, dessen Inhalt mehr als zwanzigmal durch die belgische Presse war, Wahrscheinlich glaubten gewisse Schatzkammer, daß der Heilige des Heutigen „Jubeljahrs“ auch ein Majestätsbeleidigungsprozess gelte. Der inkriminierte Artikel übertrifft nämlich an Schärfe des Tones durchaus nicht die Art, wie man bislang den König und seine Bewegungen zu kritisieren pflegte. Da gegenwärtig Parlamentarier sind, glaubte man allerdings, den Coup gegen den Abgeordneten führen zu können, da ja während der Dauer der Session keine Strafverfolgung ohne Zustimmung der Kammer eintreten kann. Die Bezeichnung ist aber falsch. So sehr man das Verfahren auch beschleunigen mag, unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorschriften wird die Verhandlung nicht vor Oktober stattfinden können. Dann ist die Kammer aber wieder zu sammzutreten und die 30 Sozialdemokraten werden dann wenigstens als „H. a. b. G. o.“: Der Korrespondent hat offenbar in der Annahme, daß der heilige G. o. h. gegen das „S. a. b. G. o.“ wegen Beleidigung des Königs, der unserem Kollegen Stengel erst Monate Gefängnisstrafe von den belgischen Gerichten verurteilt ist. Die belgische Justiz hat mit der Sache nichts zu tun gehabt, wohl aber die belgische Regierung, die an der Verurteilung ihres höchsten Beamten handelte. In Belgien selbst Majestätsbeleidigungsprozesse zur Wiederherstellung der etwa kompromittierten Ehre ihres Königs einzuleiten, hat die Regierung sich bisher gehütet. In Deutschland ist solche Generalsanktion ja leichter zu haben, da bei uns Majestätsbeleidiger nicht vor die Geschworenen, sondern vor „zuverlässige“ Richter kommen.

England.

Die Reihe der Skandale im Heere ist wieder um einen reich geworden. An den Geschäften, mit denen das Japan und die Kolonien versehen sind, ist festgestellt worden, daß die Vorrichtungen zur Geschloßführung so mangelhaft konstruiert sind, daß die Geschloße für wirkliche Aktion völlig unbrauchbar waren. 200 der Geschloße sind bereits in das Arsenal von Woolwich zurückgebracht worden. Die vorzunehmende Änderung wird eine enorme Summe verlangen.

Wieder in Japan.

Wie das Reichliche Bureau aus Portsmouth meldet, haben gestern die russischen Delegierten eine lange Mitteilung des Präsidenten Roosevelt nach Peterhof übermittelt, die Unterstaatssekretär Bairo: ihnen am Morgen überreicht hat. Es ist darin zweifellos eine Skizzierung des letzten Vorschlags des Präsidenten Roosevelt enthalten. Die Frage des Preisens, den Japan bezahlen soll, um die nördliche Hälfte von Sachalin zu behalten, soll danach durch den Schiedspruch eines dazu bestellten Ausschusses entschieden werden.

Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus Portsmouth soll Japan 120 Millionen Pfund Sterling als Friedenspreis fordern und Rußland bereit sein, 50 Millionen zu zahlen. Die „Times“ berichtet aus Portsmouth, wie sie aus guter japanischer Quelle vernahme, sei Japans letzter Vorschlag in betreff der Insel Sachalin und der Kriegsentschädigung ein Ultimatum. — Diese bestimmte Sprache der Japaner und das Herannahen des endgültig entscheidenden Termins veranlaßt offenbar die Belagerten und Gebärdenpähler, heute zur Abwechslung wieder einmal in Pessimismus zu machen. Sie erklären einem jeden, der es hören und nicht hören will: Alles sei vorbei. Abwarten!

Der ganze Offiziersbestand von dem Geschwader des Admirals Nebogatow hat den Abschied erhalten.

Im Hafen von Port Arthur haben die Japaner den russischen Torpedobootszerstörer „Sifilny“ flott gemacht.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 26. August 1905.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Die Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins ist auch am kommenden Montag abend von 8 1/2 - 9 1/2 zur Annahme von ausgeliehenen Büchern ge-

öffnet. Es wird dringend ersucht, die noch ausstehenden Bücher abzuliefern.

Den nimmerfertigen Marineschwärmern kommt die Offseeahrt der englischen Kriegsschiffe sehr zu statten, um Propaganda für ihre unsinnigen Forderungen zu machen. Mit Behagen schreibt z. B. „Tobias Stillvergnügt“ im hiesigen „General-Anzeiger“:

„Sie (die Engländer, Aeb.) werden uns in den nächsten Tagen in unserer Ostsee ihre Kriegsschiffe vorführen, was insofern nicht schadet, als die Deutschen sich einmal durch den Augenschein davon überzeugen können, daß wir auf den Ausbau unserer Kriegsschiffe noch mehr Gewicht legen müssen, als wir es in den letzten Jahren schon getan haben.“

Es sollen also noch mehr Millionen für den weiteren Ausbau unserer Kriegsschiffe verpulvert werden — weil Englands Flotte stärker ist als unsere. Daß dabei die deutsche Flotte in absehbarer Zeit die Stärke der englischen erreichen könnte, glaubt wohl selbst der stillvergnügte Tobias nicht; denn auch ihm dürfte bekannt sein, daß eine Verstärkung der deutschen auch eine mindestens ebenso große Verstärkung der englischen Flotte zur Folge haben würde. So würden also in beiden Ländern ungezählte Millionen verausgabt für kulturwidrige Zwecke, während Kulturaufgaben schwer unter einer solchen Politik leiden. Das deutsche Volk tut gut, wenn es sich nicht von den Marinerefern auf den Leim locken läßt.

Freisinnige Frechheit. Unschlächig der angeblich am Neubau des Rufus Reiterflug begangenen Tat bemerkt das freisinnige Blattchen:

„In der Arbeiterschaft ist man sich bereits darüber einig, wo die Täter zu suchen sein sollen. Man höre und — staune: Im Bürgerium! Um den Streikenden etwas aus Zeug zu ziehen, ist die Gemeintheit begangen worden.“ Eine solche Verleumdung ist wohl kaum dagewesen. Neu ist sie aber nicht. Wenn es irgendwo einmal zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen gekommen ist, dann sind illogs die losen Blätter dabei zu verhanden, die bösen Arbeitswilligen hätten die friedlich ihres Weges gehenden Streikenden hinterlistiger Weise überfallen. Wenn die Gerichte später auch das genaue Gegenteil feststellen, so schadet das auch nichts. Man laßt dann wiederum: Mafienjustiz. So hegt man gegen jede Autorität und schiebt dann die Verantwortung dem Bürgerium zu. — Eine noble Taktik!

Wie so fern hiermit Herrn Heise auf, uns kann und mag zu sagen, wo die Arbeiterschaft ist, welche die Täter im Bürgerium sucht. Nach er es uns den Nachweis nicht, denn kommt man zu der Überzeugung, daß die vertriebenen Zeilen das Produkt einer schmutzigen, gemeinen Handlungsweise, wie sie Herrn Heise eigen zu sein scheint, sind.

Arbeiterrecht. Freitag morgen verunglückte der bei der Firma Hovmann u. Zohrer (Jubelweg) beschäftigte Arbeiter Wenzlow dadurch, daß er sich beim Herunterfallen einer Tischplatte einen Beinbruch zuzog. Der Verunglückte mußte per Droschke in seine Wohnung befördert werden.

In welcher Weise befindet sich gegenwärtig ein auf dem Wege des Hauses Ostwallstraße 7 stehende Brunnbaum. Das ist gemäß eine Kuriosität!

Ans dem Gerichtssaal. Der vorbestrafte Maurer V. entwandte eines Tages aus einer hiesigen Badeanstalt ein Fahrrad, auf dem er wohlgerüstet nach Hamburg fuhr. Um nun dort eine Legitimation beim Verkauf des gestohlenen Gutes zu haben, meldete er sich in Hamburg bei der Polizeibehörde an und benutzte den Meldebchein als Legitimation. Bei dem Versuch, das Rad zu verkaufen, wurde er jedoch verhaftet. Nun soll er drei Monate „brummen“. — Das Hausfriedensbruch im Hause seiner Schwiegermutter machte sich der vorbestrafte Gelegenheitsarbeiter V. schuldig. Diese Tat kostete ihm 5 Tage Gefängnis. — Als ein schlechter Kollege entpuppte sich der Arbeiter K., der seinem Arbeitskollegen eine silberne Taschenuhr stahl und sie für 80 W. verkaufte, um sich dafür Wäsche anzuschaffen. Ueber seinen schlechten Streich soll er 14 1/2 Wochen im Gefängnis nachdenken.

Ein schlauer Trick. Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Schlossergeselle, der unter dem Vorwande, er komme im Auftrage der hiesigen Stadtwasserkunst, beim Auftrage des Inhabers eines Installations-Bureaus, hiesige Geschäfte aufsuchte, in der Absicht, Gelegenheit zur Ausföhrung von Diebstählen zu suchen. Es gelang ihm auch, sich Eingang zu den Bühnenräumlichkeiten der Stadthalle zu verschaffen, und hier einen Diebstahl auszuführen. Er eignete sich ein Zigarrenetui und ein Paket mit Briefpapier an. Ferner stahl er einem auf einem Wetterischen Dampfer beschäftigten Feizer eine Taschenuhr. In einem hiesigen größeren Geschäfte schenkte man seinen Angaben keinen Glauben. Er hatte angegeben, die Wassermeister nachhaken zu wollen, wurde aber nicht in die betreffenden Räumlichkeiten hineingelassen.

Reisefeld. Die Wählerlisten zur Landtagswahl liegen vom 28. bis 30. August einschl. beim Gemeindevorsteher in Horsdorf aus. Genossen, sichert Euch durch Einsichtnahme in die Listen Euer Wahlrecht!

Hamburg. Statistisches aus dem Baugewerbe. Nach einer dieser Tage vom Zentralverband der Maurer gemachten Aufstellung arbeiteten im Gebiet der Bahnhalle Hamburg (Hamburg-Altona-Wandsbek-Wilhelmsburg-Steinbek-Nienstedten-Stellingen) auf 581 Neubauten, 75 Umbauten und 80 Reparaturbauten insgesamt 551 Postere, 5325 Maurergesellen, 689 Lehrlinge und 2298 Handlanger. Von den Maurern waren 388 Ausländer, davon 30 Italiener, 51 Oesterreicher, 5 Russen, 15 Schweden und 205 Dänen. An Lohn erhielten 12 Gesellen 95 Pfennige, 141: 90, 101: 85, 144: 80, 4717: 75, 197: 70 (Steinbek-Nienstedten) 5: 65, 8: 60 Pfennige. In Lohn arbeiteten 3106, in Alford 2219 Gesellen und 969 Buzer, insgesamt also 3188, jedoch also die Alfordarbeitenden in der Mehrzahl sind. Ramentlich in Eppendorfer Winterhude, Gimsbüttel, Hamm-Horn-Borgfelde, Gilbet und Uhlenhorst überwiegt die Alfordarbeit ganz erheblich, während sie in der eigentlichen Stadt und den übrigen Vororten, sowie in Altona-Wandsbek zum Teil erheblich zurücksteht und in Fuhsbüttel-Vorfeld, Wilhelmsburg, Steinbek, Nienstedten und Stellingen überhaupt nicht zu verzeichnen war.

Altona. Auf der Spur eines Justizmordes. Ein schwerer Justizmord ist hier anscheinend entdeckt worden. Im Sommer 1901 wurde die Prostituierte Wäbbe ermordet. Als Täter wurde allgemein der Schlachtergeselle Meinau bezeichnet, der auch vom Gericht für schuldig befunden und hingerichtet wurde. Donnerstag ist nun der Hamburger Tischlergeselle E. Gabe dem Gerichtsfängnis zugeführt worden. Seine eigene Mutter und Schwester bezichtigten ihn, den Mord an der Prostituierten begangen zu haben. Meinau muß danach unschuldig enthaupet worden sein. Eine Aufklärung des traurigen Falles wäre dringend zu wünschen.

Altona. Ein ganz gemeiner Wurm und stein hiesiger Geschäftsmann, wenn die Beschuldigungen wahr sind, die gegen ihn erhoben werden. Sein Wandel, ein 17 Jahre altes Mädchen, war in seinem Hause beschäftigt und wurde, wie es behauptet, mit unästhetischen Anzügen von dem Einlogierer des Wurmundes verfolgt. Das Verhalten des Wurmundes, den es davon unterrichtet, sei aber ein derartiges gewesen, daß es annahm, es solle an dem Einlogierer verknüpft werden. Nun entloß die Bedrängte aus dem Hause des Wurmundes. Dieser setzte die Behörde in Bewegung, behauptete, wobei der Einlogierer ihn unterstützte, das Mädchen sei eine große Unberührerin und sittlich verkommen. Er brachte es auch richtig fertig, daß das Mädchen zur Fürsorgeziehung verurteilt worden ist. Um aber sich zu retten, ist das Mädchen sich von einem Arzt untersuchen, und es wurde festgestellt, daß es geschlechtlich noch nicht berührt worden ist. Die Behörde wurde davon unterrichtet und nun ist gegen den Wurm eine Untersuchung wegen wissentlich falscher Anschuldigung eingeleitet worden. Auch sind Schritte getan, den Beschluß wegen der Fürsorgeziehung rückgängig zu machen.

Miet. Das Geheimnis der Polizeiwachtstube. Wegen vorläufiger Körperverletzung eines Schutzmans, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Hausfriedensbruchs, verübt in der ehemaligen Polizeirevierwache in der Darmstraße, hat sich der Westarbeiter V. zu verantworten. Ferner wegen vorläufiger Körperverletzung im Amt der Schutzmans Wolf. Wegen eines Aufschlusses in und bei der Gastwirtschaft von Föge am Exerzierplatz wurde am Abend des 10. September gegen 8 Uhr der Angeklagte V. und der Mietz E. von dem Schutzmans Haack nach der Polizeiwache in der Darmstraße geführt. Sowohl V. wie E. sollen stark angetrunken gewesen sein. Nachdem E. vernommen und bereits wieder entlassen war, will V. in der Wachtstube in der ärgsten Weise mißhandelt worden sein. Wolf habe ihn geschlagen, daß er stark blutete, den Kopf gerissen und ihn dann hinausgeworfen. Als er draußen den V. nach der Nummer erfragt, habe dieser ihn mit den Worten: „Hier haben Sie meine Nummer“, eine schallende Ohrfeige verübt. Der dem Gericht vorliegende Stoff ist stark mit Blut beschmutzt. Der Angeklagte V., sowie die als Zeugen geladenen Schutzmans stellten die Sache wesentlich anders dar. Danach hat der etwas schwerhörige V., als man ihn aufforderte, das Polizeilokal zu verlassen, geantwortet: „Nein, ich gehe nicht!“ V. habe ihn deshalb gewaltthätig hinauszuwerfen wollen. V. habe sich jedoch kräftig gewehrt und mit seinem Ohrspeichel zugeschlagen und geworfen. Beide seien zu Boden gestürzt. Schutzmans Haack, der beide davon ausmünderte, bestätigt, daß V. stark blutete und sein Mund bei dem Krigen gerissen worden war. V. wurde dann hinausgeworfen. Trauzen will Wolf sich nur den ihn abermals bedrängenden V. erwehrt und ihn nicht absichtlich geschlagen haben. Zwei in der Nachbarschaft wohnende Frauen haben jedoch deutlich wahrgenommen, daß der Schutzmans dem V. mit den Worten: „Hier haben Sie meine Nummer“, eine knallende Ohrfeige verübt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den noch nicht vorbestraften Arbeiter nicht weniger wie vier Monate und eine Woche Gefängnis, gegen den Schutzmans dagegen 60 M. Geldstrafe eventuell zwölf Tage Gefängnis. Bemerkt sei, daß letzterer wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung zu 3 bzw. 3 M. Geldbuße verurteilt ist. Das Gericht nimmt nicht an, daß V. in der Wache mißhandelt worden ist. Er war nur scharf angefaßt worden, die Verletzungen habe er sich möglicherweise durch Fall zugezogen. V. habe einen recht erheblichen Erzech verübt. Dagegen müßten die Beamten energisch gestraft werden. Da er noch nicht vorbestraft ist, und augenscheinlich angetrunken und sehr erregt war, wird eine Gefängnisstrafe von einem Monat und drei Tagen für ausreichend erachtet. Gegen den Schutzmans wird, wie beantragt, auf eine Geldbuße von 60 M. evtl. 12 Tage Gefängnis, erkannt. Es stehe unzweifelhaft fest, daß V. dem anderen Angeklagten draußen die Ohrfeige verübt habe. Von einer Notwehr könne auch nicht im geringsten die Rede sein. Ein Beamter solle sich doppelt in Acht nehmen und vor derartigen Ueberschreitungen hüten.

Tüning. Kohlenarbeiter-Aussperrung der Firma Berzen u. Co. Dieöhne der Kohlenarbeiter obiger Firma sollen auf jede nur mögliche Art heruntergeschraubt werden. Da die Arbeiter aber nicht allein von Lust leben können und die Lohnföhrungen zurückwiefen, wurden sie auf das Straßensperrwerk geworfen. Von der Aussperrung sind ca. 35 Arbeiter betroffen, von denen leider nur zwei organisiert sind.

Gadesleben. Durch einen Blig wurde die Braut des Fuhrers Gramm in Niederjersdal, die am offenen Fenster stand, tödlich getroffen.

Schwerin. Beim Baden ertrunken ist im faulen See der 12jährige Wilhelm Mens.

Rostock. Den Tod in den Wellen fand Donnerstag der Gehrling Christoffer des Wäders Maack aus der Hädgestraße, der mit andern Kameraden eine Fahrt auf der Warnow unternommen hatte. In der Nähe der Friedrichsbrücke kenterte plötzlich das Boot und der Unglückliche sank in die Tiefe. Während der zweite Insasse des Bootes sich durch Schwimmen zu retten vermochte, wurde ein dritter durch den Dampfer „Anna“ geborgen.

Neubrandenburg. Großer Diebstahl. Donnerstagnacht wurde hier aus dem Gold- und Juwelierladen des Herrn Berg ein Vorrat von Wertfachen geraubt, dessen Wert auf 15000 Mark geschätzt wird. Soviel erweislich, muß der Diebstahl in der Zeit von 3 1/2 bis 3 3/4 Uhr morgens mit großer Schnelligkeit ausgeführt worden sein. Der oder die Diebe entfernten das Vorriegelgeschloß zu den hölzernen Fensterladen der großen Schaufenster, stiegen mit der frei gewordenen eisernen Verschlusstange das Fenster ein und führten sodann den Raub aus. Mit welcher Dreistigkeit gearbeitet worden ist, erhellt daraus, daß der beraubte Laden an einer belebten Passage am Marktplatz und nicht weit von der Wächterstation sich befindet, an welcher Stelle noch kurz vor dem Diebstahl Personen passierten.

Beste Nachrichten.

Schwelm. Vergiftung. Im nahegelegenen Wilspe sind dem Genuß von Vanillebeisert zwanzig Personen erkrankt. Verätzlicherseits soll festgestellt sein, daß die Erkrankungen infolge giftiger Bestandteile in der Vanille erfolgt sind.

Dortmund. Ein schwerer Eisenbahnunfall. Donnerstagnachmittag wurden auf der Strecke Dortmund-Buchum bei Dorstfeld drei Arbeiter vom Schnellzug u. b. erföhren. Sie waren sofort tot; die Leichen sind schrecklich verkrümmelt.

Strasburg. Ein Grubenunfall. In der Grube Burch bei Reuttingen wurden drei Arbeiter verschüttet. Der Bergmann Thomas ist tot. Die anderen wurden schwer verletzt.

Ein möbliertes Zimmer zu verm.
Engelswisch 8.

Ein Logis zu vermieten
Woche 2,50 Mk.
Kleine Burgstraße 4. 1. Etage.

Ein freundliches Zimmer zu verm.
nach vorne. Westhofstraße 32, II.

abgeschl. Etage Elswigstraße 38a
zu vermieten, Preis 108 Mk

Freundl. Wohnung zu vermieten
für kleine Familie. Preis 120.
Hundstraße 87.

Eine Badewanne auf 2 Monate zu mieten
gesucht.
Ang. mit Preisangabe u. S S an d. Exp. d. Bl.
Gesucht für eine alte Frau zum 1. Oktober in
der Nähe des Lg. Vohberg ein leeres heiz-
bares Zimmer im Preise zu 40-50 Mk.
Näheres Engelswisch 817

Gesucht zu sofort eine Wäscherin auf drei
Tage der Woche, 1,80 pro Tag und Essen.
Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Suche zu sofort
einen Aufreiter.
J. Sklanny, Werderstraße 10.

Eine Strickmaschine, speziell zum An-
hängen geeignet, zu kaufen gesucht
J. Glück, Weiserstraße 19

Ein fast neues Fahrrad
krankheitshalber billig zu verkaufen
Gandobstraße 40, II.

Zu kaufen gesucht mehrere gebrauchte
Fahrräder.
H. Meyer, Marienhal.

Ein neues Vertikow zu verkaufen
Klappenstraße 15. 1. Etage.

Rasse-Tauben zu verkaufen.
Biegelstraße 112. 1. Etage.

Große Kaninchen u. Meerschweinchen
zu verkaufen. Gültstraße 118, Klügel

Ein unterhaltenes starkes Fahrrad
für 50 Mk. zu verkaufen.
H. Zunk, Bälowsstraße 7, II.

Ein gut erhaltenes Fahrrad sehr billig
zu verkaufen. Arminstraße 15

Trocken Brennholz, Launen u. Eichen
durcheinander, so lange Vorrat reicht. Sud 70 Pf
Elise Lucht, Al. Straße, 187, Keller

Bringe meinen Kaiserfalon in
freundliche Erinnerung.
H. Knaack, Krieger, Engelsgrube 70.

Alle Köpfe werden mit Marken Wäden
versehen und wieder neu emailliert
Engelsgrube 81

Erfinder!

Ich zahle 1000 Mark sofort in bar und 15%
vom Reingewinn für eine neue gewinnbringende
Erfindung oder Idee.

Offerten erbeten an Patent-Bureau Rich.
Kemp, Dresden, Hospitalstraße 5.

Große Partie vorjährige
Sultana-Rosinen
Kist 20 Pfg., 5 Kist 90 Pfg.,
ganze Kisten ca. 22 Pfd. 3.50 Mk.
empfehle als sehr billig

Ludw. Hartwig.
Zilfiter Fettkäse (all)
schmeckt wie Roquefort

Pfd. 40 Pfg.
Ludwig Hartwig, Oberstraße 8.

„Wiegels Konservierungs-Sonig-Essig“
ist von diesen Haus-rauen als der beste Einmach-
essig anerkannt

Achtung!
Gebe von jetzt an auf sämtliche
Wurst- u. Fettwaren
rote Lubeca-Marken.

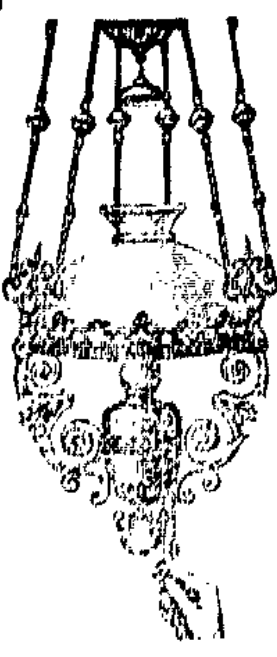
Gleichzeitig empfehle
ff. Fett-Seringe
Stück 5 Pfg. und 2 Stück 15 Pfg.
Chr. Piel, Friedenstr. 78.

Auf meine auswärtigen Delikatess-, Wurst-
und Fleischwaren erhalten Sie nach wie vor
rote Lubeca-Marken.
C. D. Dürkop, Steiraderweg.

Margarine
per Pfd. 60, 70 und 80 Pfg.
Auf jedes Pfund einen Bon in Werte von
5 Pfg. gratis

sowie sämtliche Kolonialwaren billig
empfehle

Carl Hering, Aegidienstr. 37.
NB. Gebe auf 25 Mk. in Bons 75 Pf. Rabatt
u. bar.



Lampen-Ausverkauf.

Sämtliche vorjährige Muster zu bedeutend herabgesetzten
Preisen.
Küchenlampen v. 30 Pf., Stehlampen v. 1.50 Mk.
Hängelampen v. 4.00 Mk. an.

Heinr. Rosenberg, Mühlenstr. 10.

Einen großen Posten Emaille sehr billig.
Wassereimer 90 Pf. u. 1 Mk., Kochtöpfe von 35 Pf. an.
Qualitätsware u. Thaler Eisenwerk.
Kein Ausschuss!

Neuheit: Gesundheitskochgeschirr „Sanjeat“

Betten-Duве, gr. Burgstrasse 32.

Bettfedern, Daunon, Aussteuerartikel. Billigste Preise.
Gratts-Anfertigung. Rabatmarken werden aus gegeben.

Zur Einnahme für den Winter empfehle ich alle Sorten
Koks, Kohlen, Briketts,
Brennholz
zu billigsten Sommerpreisen.

Christian Gäde, Fischergrube 5-7.
Fernsprecher 242.

„Die Neue Zeit“

— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. —
Redigiert von Karl Kautsky.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

„Freitags-Gesellschaftsaus“
(Wilhelmtheater) Tanz-Kränzchen Sonntag.
Anfang 4 Uhr. Eintritt Herren 25, Damen 15 Pfg. Tanz und Garderobe frei.



Ludw. Hartwig
Sie erhalten Lubeca-Marken

Bezugsquelle nur guter Sorten Matjes,
Sommerfang und Flohheringe, von ff
Anchovis bester Qualität, der beliebten Thil-
zinger Salz- u. Sauregurken, ff. Himbeer-
u. Kirschsäfte, Fabrik des überall beliebten nach
alter bewährter Runge'scher Methode
hergestellten Essigs und Essigsprits, von
Wein, Himbeer-, Estragon-, Gemüze-
und Konserbierungs-Sonig-Essig (anerkannt
vorzüglich Einmach-Essig)
ff. Käse, bester Qualität in groß. Auswahl
H. L. Wiegels vorm. J. C. Runge
Essigfabrik gegr. 1825.
Fischergrube 61 Fernsprecher 217

Adolf Hübner, Uhren u. Gold-
u. Reparaturwerkstatt. Günthausen 1.
Es ist Tatsache, daß ich die meisten Ver-
lobungs-Ringe an meine Arbeiter-Kun-
schaft verkaufe
G. Greutzfeld, Goldschmied, Sandstr. 19.
Eparvane Hausfrauen jetzigen die Hand-
tücher aus weißen Säden an
Günthausen Fischergrube 81.

Biliges Volksgetränk!

Trinkt
H. Bülc's Misch-Kaffee!

Pfund 60, 80 und 100 Pfg.
in 1/2 und 1/4 Pfund.

Die Mischungen enthalten keinerlei
künstliche Farbstoffe, keine havartierte
Bohnen (sog. vom Seewasser beschädigt)
und sind frei von jedem Verschwerungs-
mittel

H. Bülc
Breitestraße 54. Fernspr. 149.

Goldene u. silb. Uhren
gut und billig. Fabrikgeschäft
L. S. Baruch, Fischgrube 34

Telegramm!
Bei der Deutschen Motorrad-Vereinigung ver-
anstaltenden
3000 Kilom. langen Dauerfahrt
fuhr der 1. Sieger, Herr Gustav Meyer, Hannov.,
Cito-Motorrad
3 HP Magnet-Zündung.

Diese lange Strecke wurde ohne jeden Defekt
zurückgelegt.
Vertreter:
K. Benthien, Motor- und Fahrrad-
haus.
Lübeck, Finkenburger Allee 53.

Schmerzloses Einsetzen
künstlicher Zähne
ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen
Teilzahlung gestattet.
M. Marks, Zahnkünstler,
Mühlenstr. 28.

Die geruchlosen
Priester-Hölzer
(D. R. P. Nr. 90230 und 116955)
sind die besten!
Man fordere deshalb jetzt die geruchlosen
Priester-Hölzer
Allerf. Holstein. Meiereibutter
Pfd. 1.30 Mk.
empfehle
Wilh. Süke, Warendorferstr. 25.

Täglich
in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot.
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110



Alle meine geehrten Kunden u. Möbel-
käufer haben den Vorteil gleich billig zu
kaufen und kosten 1 Sofa, 4 Stühle, 1 Tisch,
1 Spiegel, 2 Bettstellen mit Matratzen,
1 Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, 1 Küchen-
tisch, aber auch noch ein eleg. Vertikow
dabei auf nur 150 Mk. bei freier Lieferung
Musterbücher mit Abbildungen und Preisen
für einzelne Stücke je nach Bedarf der Käufer
und Berechnung im Hause, werden unentgeltlich
abgegeben in H. E. Koch's Möbelhäuser,
Markesgrube 45, 40 und 11.

Kleiderverkauf sämtl. Spirituosen
in bekannter tadelloser Güte.
Hermann Blunk
Gronsforder Allee 51. Ecke d. Stahlhofstraße

Stühle! Stühle! Stühle!
Großer Doppel-Wagon, 12 gangbare
moderne Sorten, eingetroffen, dieselben werden
zu den bekannt billigsten Preisen in jeder ge-
wünschten Stückzahl verkauft in H. E. Kochs
Möbelhäuser, Markesgrube Nr. 45, 40
und 11. (Achtung! Preis ist nicht beim Abgang
und wird gebeten, da wiederholt Fremden mit
einem andern Möbelgeschäft vorgelommen sind,
genau auf meinen Namen und Nr. 11 zu achten
und nicht durch ausbringliches Angreifen verletten
zu lassen)

Adler-
Brauerei
Lübeck
empfehle ich ver-
bürgt rein aus
Malz und Hopfen
hergestelltes vor-
zügliches
Lager-
bier
in Gebinden und
Flaschen.
Fernsprecher 693



Verband der Schneider
und Schneiderinnen.
Mitglieder-
Versammlung
am Dienstag den 29. August
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Gewerkschaften und Sozialdemokratie.
Referent: Gen. Stelling.
2. Berichterstattung von der Konferenz.
3. Kartellbericht.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Louisenlust.
Morgen Sonntag:
Große Tanz-Musik
W. Gloe.

Lübecker Hafenfähre.
Regelmäßige Fahrten nach
Schwartau. Drehbrücke.
Preis 10 Pfg.
Sonntags in kurzen Zwischenpausen

Der Bericht des Parteivorstandes.

Nachdem der Bericht Johann ausführlich die Einigungsverhandlungen mit der polnisch-sozialistischen Partei (P. B. S.) geschildert hat, geht er zur Besprechung der Wahlen über und zwar zunächst der Reichstagswahlen.

Kein günstigeres Bild gibt die Ubersicht über die in den letzten Jahren vollzogenen Nachwahlen zum Reichstage. Wenn auch bei Nachwahlen nicht immer ein Stimmenzuwachs zu verzeichnen war, so bildeten doch die Wählerkreise, die einen Rückgang bei Nachwahlen brachten, die Minderheit. Bei den in der Legislaturperiode 1898/1903 vollzogenen 26 Nachwahlen brachten 11 Kreise einen Rückgang an Stimmen gegenüber der Hauptwahl von 1898. Während in diesen 11 Kreisen bei der Hauptwahl 31 621 Stimmen erzielt worden waren, brachten die Nachwahlen nur 29 361 für unsere Partei. Dagegen brachten 15 Kreise mit einem Stimmenzuwachs. In diesen waren in der Hauptwahl 1898 für unsere Partei 57 220 Stimmen abgegeben, während wir in den Nachwahlen 73 810 Stimmen erlangten, so daß in allen 26 Kreisen zusammen bei der Hauptwahl 1898 88 841 Stimmen und bei den Nachwahlen 103 171 Stimmen für unsere Mandatanten abgegeben wurden. Freilich ist zu bedenken, daß die Nachwahlen in jener Legislaturperiode, die den großen Stimmenzuwachs brachten, in die Zeit fielen, in der die Regierung die Massen durch die Buchhaushaltvorlage in Bewegung gebracht hatte.

Stellt man die Resultate der allgemeinen Wahlen vom 16. Juni 1903 neben die bei den Nachwahlen im letzten Jahre erzielten Resultate, dann ergibt sich folgendes Bild:

	Bei der Wahl am 16. Juni 1903			Bei Nachwahlen vom 1. Juli 1904 bis 31. Juli 1905		
	abgegebenen Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent	abgegebenen Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent
Schaumburg-Lippe Stichwahl	7280	2310	31,7	7250	2192	30,2
Schwier-Wismar Stichwahl	7793	3211	41,2	7072	2656	37,5
Schwerin-Wismar Stichwahl	23878	10380	43,5	21659	10590	48,9
Zerichow I und II Stichwahl	23337	11607	49,7	21558	11213	51,7
Jerichow I und II Stichwahl	25132	8140	32,4	21831	6703	30,7
Halbe-Mehrsleben Stichwahl	21107	9742	46,1	23198	7105	30,3
Halbe-Mehrsleben Stichwahl	39276	20261	51,6	39109	19013	48,2
Kroeben-Rowitzsch Stichwahl	13556	419	3,1	13192	—	—
Dorf Stichwahl	22683	10678	47,1	23879	10311	43,2
Sameln Stichwahl	24900	12295	49,4	26017	11182	42,9
Sameln Stichwahl	25652	10198	39,4	25118	8662	34,5
Kaufbeuren Stichwahl	26216	11257	42,9	24523	10166	41,5
Oberbarnim Stichwahl	16706	4416	26,4	14192	620	4,3
Oberbarnim Stichwahl	16917	7202	42,5	16126	6319	39,2
Donauerschlingen Stichwahl	17807	8357	46,9	16330	7592	46,5
Donauerschlingen Stichwahl	21269	2189	10,3	21208	1860	8,8
Fürth-Erlangen Stichwahl	26346	12031	45,7	28059	13621	48,6
Fürth-Erlangen Stichwahl	29058	13553	46,6	—	—	—

Für den Stimmab oder richtiger Rückgang an Stimmen hat man vielerlei Erklärungen gesucht. In dem Streite verschiedener Befürworter unserer Partei untereinander beschränkte ein Parteiorgan das andere, daß dessen Stellungnahme oder Nichtstunnahme zu bestimmten Fragen die Ursache des Rückganges sei. Ferner wurde der Gebrauch einiger Kraftausdrücke als Ursache des Rückganges angegeben. Auch wurde behauptet, daß die Regierung durch eine schlaue Politik dem aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstage jede Bedeutung nimmt und dadurch eine wachsende Gleichgültigkeit der arbeitenden Massen für den Reichstag und die Reichstagswahlen hervorgerufen hat.

Alle diese Gründe warten nicht oder doch nur zum Teil zutreffen. Die Stimmen gingen auch in Kreisen zurück, in denen auch nicht ein einziges Exemplar der Zeitungen gelesen wird, welchen man den Vorwurf macht, daß sie den Rückgang verschuldet haben. Auch der Einwand von der „schlaun Politik“ der Regierung wird nur soweit zutreffen, als es in der letzten Zeit an Vorlagen gefehlt hat, die die Massen so aufpeitschten, wie es die Buchhaushaltvorlage und der Wuchertarif getan haben. Wo die Massen in Bewegung sind, machen wir Fortschritt, das beweist die eine Ausnahme: das Wahlergebnis in Fürth-Erlangen. Dort waren die Massen durch die wenige Tage vorausgegangene bayrische Landtagswahl in Bewegung gesetzt. Die zur Landtagswahl geschaffene Organisation war noch in Wirksamkeit und dadurch wurde der Fortschritt erzielt.

Eine Klage, die vielfach geführt wird, verdient Beachtung. Es wird darüber geklagt, daß die Gegner früher nie mit solcher Energie, solcher Rücksichtslosigkeit und solcher Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel, den Wahlkampf geführt haben, wie es die Buchhaushaltvorlage und der Wuchertarif getan haben. Wo die Massen in Bewegung sind, machen wir Fortschritt, das beweist die eine Ausnahme: das Wahlergebnis in Fürth-Erlangen. Dort waren die Massen durch die wenige Tage vorausgegangene bayrische Landtagswahl in Bewegung gesetzt. Die zur Landtagswahl geschaffene Organisation war noch in Wirksamkeit und dadurch wurde der Fortschritt erzielt.

Ein Kampf gegen das indirekte Wahlrecht waren die am 10. Juli stattgefundenen bayrischen Landtagswahlen. Das indirekte Wahlrecht ist an sich schon ein Unrecht; kann es doch selbst bei ganz gerechter Bezirksabteilung vorkommen, daß z. B. bei 1400 Wählern 40 die Mehrheit und 996 die Minderheit sind. Dieses tritt ein, wenn die 1400 Wähler in 7 Bezirken mit je 200 Wähler verteilt sind und nun in 4 Bezirken je 101 Stimmen für die eine und 99 Stimmen für die andere Partei abgegeben werden. Wenn dann auch die übrigen 3 Bezirke geschlossen für die Partei stimmen, die in den ersten genannten Bezirken in der Minderheit geblieben ist, so hat die Partei 996 Stimmen, aber nur die Wahlmänner von 3 Bezirken, und die Partei mit 404 Stimmen hat die Wahlmänner von 4 Bezirken, mithin die Mehrheit. In Nürnberg hatten z. B. im 10. Bezirk 398 eingeschriebene Wähler 7 Wahlmänner zu wählen und im 18. Bezirk wählten 4541 Wähler 3 Wahlmänner. Also ein Wähler des 10. Bezirks hatte mehr Wahlrecht als 26 Wähler des 18. Bezirks. Bei der dortigen Wahlbezirksneometrie war die Möglichkeit vorhanden, wenn sämtliche 68 190 eingeschriebene Wähler zur Wahl gegangen wären, daß 7231 Wähler in 28 Bezirken die Mehrheit gewesen wären, und 142 von den 268 zu wählenden Wahlmännern gewählt hätten. Die übrigen 60 959 Wähler hätten geschlossen für die Wahlmänner der anderen Partei stimmen können, aber sie hätten nur 126 Wahlmänner durchgebracht. Die Partei mit den 7231 Wählerstimmen hätte einen glänzenden Sieg über die Partei mit 60 959 Stimmen errungen.

Wenn die Ungerechtigkeit eines an sich schon ungerechten Wahlrechts noch durch solche Wahlbezirksneometrie verschärft werden kann, dann muß das Wahlsystem, welches derartige zuläßt, so bald wie möglich verschwinden. Eine Partei, die für die Erhaltung solcher Ungerechtigkeiten eintritt, hat damit jeden Anspruch auf die Unterstützung der Arbeiter verliert. Die Genossen sollten bedenken, daß die Eroberung von Reichstagsitzen nicht der alleinige und nicht einmal der Hauptzweck unserer Agitation und Organisation ist. Unser Hauptziel ist doch, die ganze Arbeiterschaft für den Sozialismus zu gewinnen. Das Streben nach diesem Ziele darf nie und in keinem Bezirke unterbrochen werden. Die Reichstagswahlen sind zuverlässige Gradmesser für die agitatorische und organisatorische Tätigkeit der Genossen. Wenn durch die Wahlergebnisse bekannt wird, daß in einem längeren Zeitraum in einem Kreise keine Fortschritte, sondern in vielen Fällen gar Rückschritte zu verzeichnen sind, dann ist damit bewiesen, daß es an dem nötigen Eifer und Geschick in der

Agitation und Organisation gefehlt hat, um dem verstärkten Aufsturm der Gegner die Spitze zu bieten. Mit einem verstärkten Aufsturm der Gegner müssen wir aber rechnen und zwar künftig mehr als je zuvor.

Ein erfolgreicheres Bild boten die im Berichtsjahre stattgefundenen Landtagswahlen. Am 26. August 1904 wurde der oldenburgische Landtag neu gewählt. Zwar verloren unsere Genossen die früher durch einen Zufall erlangten drei Mandate für Delmenhorst. Jetzt hatten die Gegner, vom Freisinn bis zu den Agrariern, ein Bündnis geschlossen und teilten sich die Delmenhorster Mandate. Aber im ganzen Lande hatten unsere Genossen einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen und erwarben ein neues Mandat im Fürstentum Lüneburg, so daß vier Genossen im Landtag sitzen. Die Genossen in Dessau verloren in einer Nachwahl am 15. September das Mandat für Coswig-Roslau, welches früher der Genosse Hüter hatte. In Lappe-Delmsdorf, wo am 1. Dezember eine Neuwahl des Landtages stattfand, erlangten unsere Genossen von den in der dritten Klasse insgesamt abgegebenen 8500 Stimmen 2400 Stimmen und kamen dadurch in drei Kreisen in die Stichwahl.

Am 29. September fanden Neuwahlen zum Landtage für Meuß j. L. statt, bei welchen unsere Genossen einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten. Gewählt wurden die Genossen Böttger, Böttgerlein und Leven, während die Genossen Kuhn und Werner in die Stichwahl kamen. Bei der am 16. Oktober stattgefundenen Stichwahl wurde Genosse Kuhn gewählt.

In den Gothischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bod für ungültig erklärte, wurde Genosse Bod in der am 23. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Einen glänzenden Sieg erzielten unsere Genossen in Eßlingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner von bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionsär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde.

Ein Kampf gegen das indirekte Wahlrecht waren die am 10. Juli stattgefundenen bayrischen Landtagswahlen. Das indirekte Wahlrecht ist an sich schon ein Unrecht; kann es doch selbst bei ganz gerechter Bezirksabteilung vorkommen, daß z. B. bei 1400 Wählern 40 die Mehrheit und 996 die Minderheit sind. Dieses tritt ein, wenn die 1400 Wähler in 7 Bezirken mit je 200 Wähler verteilt sind und nun in 4 Bezirken je 101 Stimmen für die eine und 99 Stimmen für die andere Partei abgegeben werden. Wenn dann auch die übrigen 3 Bezirke geschlossen für die Partei stimmen, die in den ersten genannten Bezirken in der Minderheit geblieben ist, so hat die Partei 996 Stimmen, aber nur die Wahlmänner von 3 Bezirken, und die Partei mit 404 Stimmen hat die Wahlmänner von 4 Bezirken, mithin die Mehrheit. In Nürnberg hatten z. B. im 10. Bezirk 398 eingeschriebene Wähler 7 Wahlmänner zu wählen und im 18. Bezirk wählten 4541 Wähler 3 Wahlmänner. Also ein Wähler des 10. Bezirks hatte mehr Wahlrecht als 26 Wähler des 18. Bezirks. Bei der dortigen Wahlbezirksneometrie war die Möglichkeit vorhanden, wenn sämtliche 68 190 eingeschriebene Wähler zur Wahl gegangen wären, daß 7231 Wähler in 28 Bezirken die Mehrheit gewesen wären, und 142 von den 268 zu wählenden Wahlmännern gewählt hätten. Die übrigen 60 959 Wähler hätten geschlossen für die Wahlmänner der anderen Partei stimmen können, aber sie hätten nur 126 Wahlmänner durchgebracht. Die Partei mit den 7231 Wählerstimmen hätte einen glänzenden Sieg über die Partei mit 60 959 Stimmen errungen.

Wenn die Ungerechtigkeit eines an sich schon ungerechten Wahlrechts noch durch solche Wahlbezirksneometrie verschärft werden kann, dann muß das Wahlsystem, welches derartige zuläßt, so bald wie möglich verschwinden. Eine Partei, die für die Erhaltung solcher Ungerechtigkeiten eintritt, hat damit jeden Anspruch auf die Unterstützung der Arbeiter ver-

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich G. Pfäfer.

(8. Fortsetzung).

Der Speisesaal — ein großer, mit einer Menge von Tischen besetzter Raum — war zu dieser Tageszeit noch ziemlich leer. Zwischen Mittag und Abend lag immer eine stille Zeit, die nur von geschäftig hin und her eilenden Kellnern benutzt wurde, die Tische wieder für das Souper in Ordnung zu bringen. Das Schicksal der armen, hier nach Kalifornien geworfenen Dame ging dem alten Mann aber doch im Kopfe herum, und er achtete deshalb weniger auf seine Umgebung, als sonst wohl der Fall gewesen wäre. Dasse nicht er vor sich hin, als er der heimlichen Beweggründe gedachte, die den geängstigten Mann in die Minen trieben — und war es denn gar nicht möglich, ihn von diesem Wahne zu heilen?

Der Oberkellner — eine düre, vertrocknete Gestalt — wie alle übrigen in Hemdsärmeln, schneeweißer Wäsche, einer Granatnadel und einem echt französischen, sonnengebräunten Gesicht, hatte den einzelnen Gast bemerkt und sandte einen seiner dienstbaren Geister zu ihm, zu fragen, was er verlangte. Der Geschickte, ein schlanker junger Mann mit blondem Haar und blauen Augen, einem leichten lächeln Schnurrbart und einer, für einen Kellner eben nicht passenden, tiefen Narbe auf der rechten Wange, trat zu dem Fremden, die Serviette unter dem einen Arm, den Speisegabel in der Hand:

„Anything you want, Sir?“

Der Doktor sah langsam, noch ganz in seine Grübeleien vertieft, auf und starrte verwundert in das lächelnd auf ihn hastende Auge des Kellners.

„Und was bringt Sie nach Kalifornien, Doktor?“

lachte dieser endlich, indem er dem Doktor die Hand entgegenstreckte.

„Baron Lanzot?“ rief der Doktor, in vollem Staunen von seinem Sitz emporspringend — „guter Gott, spielen Sie Komödie?“

„Wenn Sie wollen — ja,“ lautete die leichtfertige Antwort des jungen Edelmannes, indem er des Doktors Hand ergriff und schüttelte. „Für zweihundert Dollar per Monat spiel ich eine kurze Zeit Marquess Rollen, anstatt einem Phantom in den Minen nachzulaufen — dem Phantom des Millionärs.“

„Aber um des Himmels willen, Baron Lanzot, wenn das Ihre Eltern erfahren — Ihre Mutter grämte sich zu Tode.“

„Ich halte sie für eine weit vernünftlichere Frau, Doktor. Sie wird mich lieber hier mein Brod in ehrlicher Weise verdienen sehen, als daß ich müßig ginge und vielleicht Schanden machte. Wir, die uns das Schicksal an diese Küste geworfen, arbeiten nun alle einmal für unser Leben, und während ich einen Teil der Lute hier verlangte Speisen als garçon vorsehe, laß ich mir von Anderen als gentleman mein Gold aus den Minen graben. Ob das nun direkt oder indirekt in meine Tasche kommt, das bleibt sich gleich — wenn es nur eben den Weg dahin findet.“

„Sie sind Phlopp, Baron.“

„Bitte um Verzeihung, ich bin Kellner,“ lachte der junge Mann, und wenn Sie nicht bald etwas bestellen, werde ich von meinem französischen Vorgesetzten dahinten — ich nenne ihn immer mon capitain — wahrscheinlich eine Nase bekommen.“

„Aber ich kann mich doch hier, weiß Gott, nicht von Ihnen bedienen lassen?“ rief der Doktor ordentlich verlegen aus.

„Sie werden Ihre Freunde an mir haben,“ unterbrach ihn der Kellner, indem er ihm mit einer letzten Ver-

benennung den Speisegabel vorschob — „bitte befehlen Sie: beefsteak, roastbeef, mutton chops — Eier, Kartoffeln, Bohnen — mehr Auswahl können Sie nicht verlangen; auch unsere Weine sind vorzüglich, und alle sind geschmackvoll.“

Der Doktor nahm den Speisegabel, ließ ihn aber wieder von sich und rief:

„Nein, wahrhaftig, Baron, die ganze Geschichte hier kommt mir wie ein toller Spuk vor. Sie, den ich zuletzt in der Solree des Fürsten Lichtenstein, mit Odem geschmückt, mit der Fürstin selber tanzend, verlassend, finde ich jetzt mit der Serviette unter dem Arm, mit dem Speisegabel in der Hand — oh gehen Sie — Sie haben mich zum Besten.“

„Da ich sehe,“ lachte der junge Mann, „daß Sie Ihre, in Kalifornien höchst kostbare Zeit nur mit vollkommen nutzlosen Ausrafungen verschwenden, werde ich mich Ihrer annehmen und Ihnen selber etwas zu essen bestellen — ich hoffe, Sie sollen damit zufriedener sein. Wenn Sie nachher die Preise erfahren, werden Sie merken, daß wir hier keineswegs sparen, sondern immer bittern Ernst machen.“

Der junge Mann ging lachend zum Buffet zurück und ließ den Doktor, noch immer stumm und starr vor Staunen, an seinem Tische, denn so hatte er sich Kalifornien doch eigentlich nicht gedacht.

Baron Lanzot — oder vielmehr Emil mit seinem Kellnernamen — kam indessen bald zurück, servierte äußerst geschickt und blieb dann an der andern Seite des Tisches vor dem Gaste stehen.

„Aber, besser Baron —“

„Emil, wenn ich bitten darf —“

„Es geht nicht, Baron, es geht wahrhaftig nicht,“ rief der alte Mann in Verwirrung aus — „bedenken Sie, ich bin noch kein Kalifornier.“

„Das entschuldigt allerdings Vieles,“ erwiderte Emil.

loren. Die sogenannte liberale Partei Bayerns hat aber bei den letzten Debatten und Abstimmungen über die Wahlreform die Erhaltung dieses Wahlsystems herbeigeführt und hat dafür bei der Wahl der Abgeordneten die Liberalen mit 14 818 Stimmen einen sogenannten Sieg erritten. An anderen Stellen, z. B. in Kempten, erlangten wir trotz der Schwäche unserer Partei in diesem Bezirk ein Mandat. Trotz des Verlustes der vier Rindberger Mandate wird unsere Fraktion statt elf Mandate in der abgelaufenen Legislaturperiode zwölf Sitze in der kommenden Legislaturperiode haben.

Die Fortschritte, welche unsere Partei gemacht hat, würden sich erkennen lassen, wenn schon eine vollständige Statistik über die abgegebenen Stimmen vorliegen würde. Diese liegt aber noch nicht vor. Bezeichnend für den Fortschritt sind die Resultate der Pfalz. Dort wollte man unsere Genossen durch die Wahlkreisgeometrie ganz verdrängen, und die ganze Pfalz bis auf ein Mandat den Liberalen zuwenden. Dieser Plan schien auch gelingen zu können; hatten doch unsere Genossen vor 12 Jahren trotz großer Anstrengung in der ganzen Pfalz nur drei Wahlmänner gewählt. Am 10. Juli aber erlangten sie 250 Wahlmänner, darunter in Speier-Subwigshafen 78, so daß sie diesen Kreis aus eigener Kraft eroberten.

Ein überraschend günstiges Bild von dem Vordringen unserer Bewegung geben die Folge bei den Gemeindevahlen. Es ist unmöglich, hier ein vollständiges Verzeichnis aller Wahlkreise unter Angabe der Stimmenzahl zu geben. Hierüber müßten die Landes- und Provinzialkomitees Zusammenstellungen anfertigen, wie dieses schon von einer Anzahl Agitationskomitees geschehen ist. In Würtemberg lagen z. B. 284 unserer Genossen in den Stadt- und Gemeindevertretungen und zwar 108 Genossen als Gemeinderäte und 176 Genossen als Bürgerausschmittglieder. In dem Agitationsbezirk für Pfaffen-Wiesau stieg die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 53 am 1. April 1904 auf 121 am 1. April 1905.

Eine Zusammenfassung liegt aus Sachsen vor. Nach der sächsischen Verbandsgemeindeordnung scheidet in den meisten Gemeinden alle zwei Jahre ein Drittel der Gemeindevertreter aus, in anderen Gemeinden jedes Jahr. Es trifft nun, daß von den Gemeinden, in denen alle zwei Jahre ein Drittel ausscheidet, dieser Wechsel bei den meisten Gemeinden in den Jahren mit geraden Endziffern eintritt. Will man die Erfolge mit früheren Jahren vergleichen, so muß man die Jahre mit geraden Endziffern zum Vergleich mit den Resultaten von 1904 heranziehen. Leider war uns eine Zusammenstellung von 1902 nicht zugänglich, wir müssen also die Jahre 1898 und 1900 nehmen. 1898 hatten die sächsischen Genossen in 83 Orten Erfolge; gewählt wurden 130 Genossen als Vertreter, darunter 18 anständige. 1900 errangen die sächsischen Genossen in 148 Gemeinden Siege und eroberten 279 Mandate, darunter 52 anständige. Nach den für 1904 vorliegenden Berichten errangen unsere sächsischen Genossen in 207 Orten Siege und eroberten 364 Sitze, darunter 91 Sitze der anständigen und 273 Sitze der unanständigen Klasse.

Es folgt dann eine lange Liste der besonders bemerkenswerten Erfolge.

Aber nicht allein in die Stadtparlamente, sondern auch zu Verwaltungsdämtern wurden Parteigenossen gewählt. In Regensburg wurde Genosse Reischer am 1. November 1904 zum Bürgermeister gewählt, aber er nahm die Wahl nicht an. In Waut wurde Genosse Hug zum Gemeindevorsitzer gewählt. Er wurde aber nicht bestätigt. In Waltershausen im Herzogtum Gotha, wo unsere Genossen alle zehn Sitze des Gemeinderats inne haben, bekleiden zwei Genossen das Amt eines Stadtrats. In Penig wurde Genosse Alenmann als Stadtrat gewählt.

Sehr bedenklich ist es, wenn man statt durch ehrlichen Kampf durch Kompromisse mit den Gegnern in den Besitz von Mandaten zu gelangen sucht. Während in Offenbach die Genossen in heftigem Kampf gegen die Gegner standen, suchten in Darmstadt und Mainz die Genossen mit Hilfe von Nationalliberalen einige Mandate zu erlangen. In Mainz gelang es, sechs Genossen, die neben vier Nationalliberalen, drei Demokraten und einem Unparteilichen auf einer Liste standen, durchzuführen, aber in Darmstadt hatten die Ge-

wissen neben dem Spott noch den Schaden, indem für die Liste, auf welcher neben einigen Schaumachern auch die Namen einiger Genossen standen, nur 2110 Stimmen abgegeben wurden, während die rein gegnerische Liste 2467 Stimmen erhielt. Auch in Dessau erhielten die Genossen durch Kompromiß mit den Hausbesitzern bei der Wahl am 14. November drei Mandate. In Ludwigshafen hatten Zentrum, Nationalliberale und Sozialdemokraten eine gemeinsame Liste aufgestellt, man nannte es einen „freiwilligen Proporz“. Diese Liste erhielt denn auch so viel Stimmen, daß sämtliche darauf verzeichnete Personen gewählt wurden. Dort soll ein derartiges Vorgehen durch die Städtordnung und durch die Verhältnisse in der Partei geboten sein.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Buchdruckerstreik. Ein mehr als in einer Hinsicht interessanter Streik ist bei der Herausgeberin des Reichener Tagesblattes (Amtsblatt) ausgebrochen. Die Gehilfen dieser Offizin gehören nämlich dem Gutenbergbund an. Man scheint aber in der Amtsblattdruckerei Zustände zu sein, die den Gutenbergbündlern gezeigt haben, daß man unter Umständen das Mittel des Streiks nicht nur nicht bekämpfen, sondern sogar anwenden muß.

Städtische Arbeitsnachweise als Streikbrecher. Vermittlungs-Institute. Wie wir der „Sozialen Prozeß“ entnehmen, hat die Kölner Allgemeine Arbeitsnachweis-Anstalt ihre Statuten betreffend der Arbeitsnachweisung verbessert. Die frühere Fassung lautete: „Bei Arbeitseinstellungen und Ausperrungen stellt die Arbeitsnachweis-Anstalt ihre Tätigkeit für das beteiligte Geschäft oder den beteiligten Arbeitszweig ein. Jetzt soll es heißen: „Die Arbeitsuchenden, die auf eine durch Arbeitseinstellung oder Ausperrung freigewordene Stelle geschickt werden, sind von diesem Umstande in Kenntnis zu setzen.“ Trotz der Milderung durch das Festsatzeschehen bleibt diese Aenderung des Statuts tiefbedauerlich und ist nicht geeignet, das Mißtrauen, das an und für sich, und vielfach auch mit Recht, unter den Arbeitern gegen diese Institute besteht, zu vermindern. Warum läßt man nicht den ersten Passus, der klein und unzuverlässig ist, bestehen?

Der große Banarbeiter-Ausstand in Stockholm. Der am 4. Mai als Ausperrung begann und zeitweise bis zu 5000 Arbeiter umfaßte, ist endlich aufgehoben worden, nachdem sämtliche daran beteiligten Organisationen die durch das Verhandlungskomitee zustande gekommenen Vorschläge anerkannt. Ueber die Einigungsbedingungen liegt noch kein näherer Bericht vor, jedoch ist der Friedensschluß jedenfalls nicht zum Nachteil der Arbeiter erfolgt.

Die Parteigenossen der sechs Berliner Reichstagswahlkreise nahmen am Dienstagabend in 6 Parteien- bzw. Generalversammlungen der Wahlkreise Stellung zum Jenner Parteitage und wählten die Delegierten zu bemerken. In allen 6 Kreisen lagen Anträge vor, die Zulassung der Reichstagsfraktion zu den Parteitagen ohne Mandat zu beschränken, ebenso die Beschickung der Parteitage durch die Kreise anderweitig zu regeln, so daß künftig die Zahl der organisierten Genossen im Kreise bzw. die Zahl der bei der jeweiligen letzten Reichstagswahl aufgeführten Stimmen maßgebend für die Anzahl der Delegierten der einzelnen Kreise sein soll. Ferner wurde beantragt, die §§ 28 und 29 des neuen Organisationsstatutes zu streichen, d. h. dem „Vorwärts“ die Eigenschaft als Zentralorgan der Partei zu nehmen. Wie schon Genosse Freiwaldt auf der am letzten Sonntag stattgefundenen Konferenz des Niederbarnimer Reichstagswahlkreises, wo dieser Antrag einstimmig angenommen wurde, ausführte, beantragten die Berliner Genossen den „Vorwärts“ als ihr eigenes Lokalblatt, weil der jetzige Dualismus für alle Teile schädlich sei. Im zweiten Kreise wurde ein Antrag Stadthagen angenommen, wonach Reichstagsmitglieder ohne Mandat nur beratende Stimme haben sollen. Die übrigen Anträge der Vertrauensleute fanden Annahme. Im sechsten Kreise, wo Ledebour die Verhandlungen mit einem Referat über die Aufgaben des Parteitages einleitete, wurde beschlossen, daß die Vertretung der Reichstagsfraktion auf den vierten Teil zu reduzieren sei.

Zur Kandidatenfrage im Wahlkreis Hagen.

wurf betraf — bedrückt, denn ich darf nicht sagen „geschmückt“. Nicht dem Schönheitsfann der Besucher sollten sie aber auch genügen, sondern nur ihre Sinne reizen und sie eine Zeit lang fesseln, und diesen Zweck mochten sie auch erreichen.

Rechts war ein Buffet angebracht für geistige Getränke, und im Hintergrund ein hohes, noch ziemlich rohes Gerüst aufgebaut, auf dem eine Anzahl von Musik machenden Individuen — Musici konnte man sie nicht gut nennen — saßen. Sie bildeten zusammen allerdings eine Art Orchester, und ziemlich alle dazu nötigen Instrumente schienen vertreten. In ihrem Zusammenspiel blieb aber mehr guter Wille als wirkliche Kunst erkennbar, und wenn man ihnen nur wenige Minuten zuhörte, fand man bald, daß sie sich zusammen einzeln und allein über ein zu spielendes Stück gütlich vereinigt hatten und nach Geheir einander akkompagnierten. Wer dann einmal zufällig aus dem Takt kam, wartete nur einen Augenblick, bis er die andern wieder „erwischt“ konnte, und nachdem sie die verschiedenen Stücke solcher Art drei- oder viermal durchgearbeitet, ließ sich recht gut unterscheiden, was sie eigentlich spielen wollten.

Es kam aber auch wirklich nicht darauf an, hier ordentlich zu musizieren, es sollte nur „Musik“ gemacht werden, und die wenigen amerikanischen Lieblingslieder und Nationalmelodien, die im Lande überall bekannt waren, lernte das Orchester auch bald spielen. Dazu gehörte vor allen der „Yankle Doodle“, dann „Washingtons Marsch“, das „Sternenbanner“ und ein sehr mittelmaßiger Marsch, den sie wunderbar Weise „Napoleons Rückzug“ nannten. Diese Melodien sang und stampfte das Publikum hier und da mit und war in seinen Ansprüchen bescheiden genug, sie wieder und wieder anzuhören, ob sie nun auf einem wirklich kunstvollen Instrument oder auf einer Maultrommel vorgebracht wurden. Die Musik aber hatte denselben Zweck wie die Bilder, denen sie gewissermaßen vorarbeitete. Die Musik lodte die Vorbeigehenden in den Saal; die Bilder hielten sie

Schwelm veröffentlicht Genosse Robert Michels im „Vorwärts“ folgende Erklärung: Da die in Nr. 191 des „Vorwärts“ stehende Notiz zur Hagenen Kandidatenfrage leicht zu einer Gegenüberstellung Veranlassung geben könnte, dürfte es im Interesse der Wahrheit gelegen sein, daß ich als der wider Willen und betragene Waffen Hauptbeteiligte an der Hagenen Angelegenheit den Sachverhalt kurz ausbreite. Die Tatsachen liegen für mich folgendermaßen: Nachdem ich auf einer vom niederhessischen Agitationskomitee veranstalteten Agitationstour auch Hagen berührt, erhielt ich einige Wochen später in Loabon, ganz wider alles Erwarten, einen vom 26. Mai aus Hagen datierten Brief des Hagenen Vertrauensmannes, der mich „im Auftrage der Reichskonferenz“ in bringender Weise ersuchte, die Reichstagskandidatur im Kreise Hagen Schwelm anzunehmen, unter Hinzufügung der Bemerkung, daß die Hagenen Genossen mich ja bereits kennen gelernt hätten, und die übrigen Orte sich ebenfalls sympathisch ausdrückten. Man läge es an mir, meine Zustimmung zu erteilen. In der — hiernach selbstverständlichen — Annahme, die Genossen im Kreise restlos hinter mir zu haben nahm ich, nachdem ich ihnen meine Stellung zu den wichtigsten inneren Parteifragen in offener und ausführlicher Weise auseinandergesetzt hatte, die Wahl an. Einige Wochen später erhielt ich im Auftrage der Kommission zur Erledigung der Kandidatenfrage aus Hagen das Ersuchen, auf etwa eine Woche im Kreise Versammlungen abzuhalten. Dort wurde ich, sehr zu meinem Erstaunen, gewahrt, daß die Kandidatenfrage noch nicht definitiv geregelt sei, ich also eine „Probekandidatur“ durchmachen mußte. Wieder nach Marburg zurückgekehrt, erhielt ich am 30. Juli 1905 aus Schwelm vom Genossen Sasse gesandtes Schreiben, in welchem dieser mir im Auftrage der von der Wahlkreis-Konferenz mit der Lösung der Kandidatenfrage beauftragten Kandidatenkommission zu meiner Kenntnis brachte, daß die Kommission nunmehr in neuer Sitzung einstimmig (im Original unterschrieben) beschlossen habe, mich als Reichstagskandidaten der nächsten Reichskonferenz in Vorschlag zu bringen. Aus dem zitierten ersten als auch aus dem letzten Brief, sowie nicht zum wenigsten aus meinem persönlichen Verkehr mit den Hagenen Genossen glaube ich mit voller Bestimmtheit auf die Abwesenheit jeglicher meiner Kandidatur gegnerischen Stimmung schließen zu können, wie ich denn überhaupt nur unter dieser bestimmten Voraussetzung meine Einwilligung gegeben hatte. Da erhielt ich durch den „Vorwärts“ Kenntnis von der Hagenen „Demonstration“ gegen meine Kandidatur. Sie kam mir ebenso gänzlich unerwartet als vorher die Aufforderung zur Kandidatur. Soweit ich bis jetzt urteilen kann, ist der Hagenen „Protest“ gegen die Kandidatur Michels' keineswegs gegen mich, da ich im Kreise weder persönliche Widersacher noch sogenannte Parteigegner zu besitzen glaube, sondern gegen andere Genossen im Kreise gerichtet, ein Ausbruch alten mir verheimlichten Parteihaders. Ob es freilich von den Hagenen Genossen taktvoll und taktlos richtig war, mich zuerst zur Uebernahme der Reichstagskandidatur in ihrem Kreise aufzufordern, um dann, nicht mich, aber doch meinen Namen in die lokalen Bänkerlisten, die man mir künstlich verborgen gehalten hatte, hineinzuziehen, möchte ich allerdings verneinen.

Wieder eine Stegmüllerei. Zu den bösen Erfahrungen, die unsere Partei schon mit einzelnen Gemeindevorteilern gemacht hat, gesellt sich eine neue. Bei seiner Reise in einige vogeländliche Städte steigt der sächsische König auf dem Bahnhof des Ortes Rosel bei Chemnitz um, um 3 Minuten später weiter nach dem Mühlengrunde zu fahren. Den Gemeindevorteilern, die von der Königskreise berührt werden, ist von der Oberbehörde aufgegeben worden, keine Aufwände zu machen und sich in keine Unkosten zu stürzen. Trotzdem aber war die Mehrheit des Gemeinderats in Rosel der Ansicht, daß der Bahnhof, wo der König umsteigt und vielleicht eine Minute verweilen wird, so fein wie möglich beschriftet werden müsse. Zu gleicher Zeit wurde beantragt, die Kosten der beabsichtigten Dekoration aus dem Gemeindefiskus zu entnehmen. Dagegen wandte sich sehr energisch der sozialdemokratische Gemeindevorteiler, Genosse Schümmler, aber er blieb allein. Selbst der zweite von der Sozialdemokratie gewählte Vertreter, Neumärker, war auf der Seite der bewilligungslustigen Patrioten! Der bedauerliche Vorfall ist wieder einmal eine ernste Warnung, bei Aufstellung von Kandidaten zur Gemeindevorteilung sehr vorsichtig zu sein und lieber auf ein Mandat zu verzichten, wenn man nicht einen Kandidaten von Ueberzeugung, Prinzipienreue und Charakterstärke findet.

bort, damit ihr sie Geld an dem Trinkstand ausgaben und sich an den Spielstischen versuchten. Einmal das eigentliche Hazardspiel dann gekostet, waren Musik und Bilder nicht mehr nötig, sie zu halten. Diese Spielstische bildeten deshalb auch das Zentrum des Saales, und Person blieb wirklich überrascht auf der Schwelle stehen, denn in dieser Ausdehnung hatte er sich die Spielhöllen, von denen er schon so manches gehört und gelesen, doch nicht gedacht.

Etwa dreißig verschiedene Tische standen nämlich, nicht geordnet, sondern wie es gerade der Raum zwischen den Säulen gestattete, bunt durcheinander, nur überall den nötigen Platz für die hindurchführenden Passagen lassend, und jeder Tisch verfolgte dabei seine eigenen Interessen, hatte sein eigenes Kapital und spielte auch in der Regel sein eigenes Spiel.

Zwischen den Tischen durch brängten sich aber die Müßiggänger der Stadt, deren es auch selbst in San Franzisko zur Genüge gab, bis sie an einem von ihnen und dem darauf angekauften Goldstücken und Silberdollars hängen blieben. Amerikaner und Deutsche, Franzosen und Engländer, Mexikaner und Kalifornier, Alles in buntem Gemisch, Einzelne elegant gekleidet, Andere in zerlumpter, abgerissener Minnetracht, mit zerknickten Hüten und schiefgetretenen Stiefeln. Wer aber sah auf die Tracht; das Gold, das auf den Tischen lag, ebnete alles, und wenn die abgerissenen Burtschen — was sehr häufig der Fall war — nur tüchtige Lederbeutel mit Goldstaub unter den Ärmeln trugen, war hier wahrlich niemand, der ihre Gemeinshaft irgendw'e beanspruchte hätte. Karten, Würfel, Roulette und alles, was nur sonst Glückspiel heißt, fand sich hier mehrfach vertreten, und bedeutende Summen wechselten fortwährend von einer Hand in die andere, ohne eine Aeußerung der Leidenschaft hervorzurufen — einen leise gemurmelten Fluch manchmal ausgenommen.

(Fortsetzung folgt.)

„Seien Sie übrigens versichert, daß Ihnen da noch Manches zu erleben bevorsteht, von dem Sie sich im Augenblick nichts träumen lassen. Hier in Kalifornien sind alle Bande des gesellschaftlichen Lebens, die wir im alten Vaterlande nur zu oft als unmöglich notwendig für jede Existenz halten, gelöst. Jeder lebt für sich, so gut oder so schlecht er kann — der Nebenmann kennt ihn nicht, oder bekümmert sich nicht um ihn, und wenn er oben schwimmt, hat er's nur allein sich selber zu verdanken. Wir leben allerdings unter Gesetz einer zivilisierten Nation, aber auch nur dem Namen nach, denn keine Kraft ist genügend, sie aufrecht zu erhalten, und das Faustrecht blüht deshalb so wunderbar und herrlich wieder hier, wie je im Mittelalter daselbst im lieben Vaterlande.“

„Aber weshalb sind Sie nach Kalifornien gegangen?“

„Fragen Sie das Jahr 48,“ sagte achselzuckend der junge Mann. „Es gibt nichts Entschlüsselteres als einen Bürgerkrieg, und da ich die Wahl hatte, zog ich diese Verhältnisse vor. Ob sie mir auch auf die Länge der Zeit zu sagen werden, ist eine andere Sache, mit der ich mir aber vor der Hand den Kopf noch nicht zerbreche. Ich bin hier einmal in Kalifornien, und mit den Wölfen — Sie kennen wohl das Sprichwort. Wohnen Sie hier im Hause?“

Der Doktor nickte nur und arbeitete in die ihm vorgelegten Speiseplan, schüttelte aber fortwährend dabei mit dem Kopfe und schmeckte in der Tat gar nicht, was er aß. Emil wurde aber in diesem Augenblick abgerufen, und das Gespräch war für jetzt unterbrochen.

„Hyon ging indessen unten in den Spielsalon, wohin ihn Stilly beschieden hatte, und vergaß im ersten Augenblick, als er den wunderlichen Raum betrat, wirklich ganz, was ihn da hergebracht.“

Es war ein nicht sehr hoher, aber wohl künstig bis sechzig Schritt langer und vierzig Schritt breiter Saal; die Wände noch ziemlich kahl und nur hier und da mit schlechten Dagemälden — schlecht sowohl, was Ausführung als Vor-

Aus Mag und Bern.

Für das militärische System bezeichnend ist eine Feststellung, die vor dem Oberkriegsgericht in Breslau erfolgte. Wegen Mißhandlung des Kavalliers Rhein vom 42. Artillerie-Regiment war der Unteroffizier Müde zu acht Tagen gefänglicher Bestrafung verurteilt worden. Das Kriegsgericht hatte bei der Verurteilung wegen Geringsüchtigkeit der Mißhandlung einen minder schweren Fall angenommen. Der Unteroffizier hatte Berufung eingelegt, er wolle nur wegen vorstrafwidriger Behandlung bestraft sein. Der Gemüthsarzt Schaffer, aus, er hätte sich geirrt, daß er geschlagen sei, aber nicht beschwert, wenn nicht Kameraden ihn aufgefordert, er solle sich das nicht gefallen lassen. Der Verteidiger, Leutnant Hoffmann, meinte der Unteroffizier habe wohl den Schlag so leicht abgemittelt, daß das körperliche Wohlbestehen nicht gefährdet worden sei. Der Unteroffizier habe acht Jahre tabellos gedient und bei seiner eventuellen Verurteilung wegen Mißhandlung würde mit ihm nicht mehr kapituliert und die Batterie einen recht tüchtigen Unteroffizier verlieren. Kriegsgerichtsrat Brod beantragte Verurteilung der Berufung. Es liegt wohl Mißhandlung vor. Er glaubt dem Gemüthsarzte nicht, daß er bei den Ohrfeigen kein Mißbehagen gespürt; das Gericht dürfe nicht aus Mitleid für den Unteroffizier berücksichtigen, daß womöglich nicht mehr mit ihm kapituliert würde. Das Oberkriegsgericht verwarf die Berufung. Die Ohrfeigen könnten nicht leicht gewesen sein. Das Gericht würde sich gegen die Rechtsprechung des Reichsmilitärgerichts stellen, wenn es annehme, daß keine Mißhandlung vorliege. Es ist dem Gerichtshof leid, daß der Unteroffizier nach achtjähriger tabelloser Führung bestraft würde, aber deshalb dürfe das Oberkriegsgericht nicht gegen die Rechtsprechung handeln.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafkammer in Wien hat verurteilt die Wärtnerin Frau Bertha Edert aus Neuburg wegen Beleidigung des kaiserlichen Prinzenpaars zu drei Wochen Gefängnis. — Gelegentlich der im September v. J. in der Nähe von Feistritz abgehaltenen Manöver nahm der Divisionskommandeur Prinz Rupprecht von Bayern im Gasthof „Zum heiligen Hof“ in Feistritz Quartier. Der deshalb vor dem Hotel aufgestellte Doppelposten gab dem Arbeiter Joseph Messner in Feistritz Veranlassung mehrfache auf die Geburt und Charaktereigenschaften des Prinzen bezügliche Bemerkungen zu machen. Als sich Messner mit dem englischen Jakob Schmiedinger überwarf, denunzierte ihn dieser nach zwei Monaten bei der Postzeit. Messner erhielt für seine unbedachten Äußerungen vom Landgericht München 11 sechs Wochen Gefängnis.

Christliche Toleranz. Auf dem Südfeldhof in Halle wurde die 22jährige Tochter des Bauarbeiters Prieser beerdigt. Entgegen dem Willen der Eltern des Mädchens hatte nun der Bütigam der letzteren den Pastor Blüte aus Glaucha als geistlichen Beistand bestellt. Als der Zug sich dann von der Leichenhalle aus in Bewegung setzte, bemerkte der Geistliche u. a. auch einen Kranz mit einer kleinen, etwa 5 bis 6 Zentimeter breiten roten Schleife, welcher von den Arbeitskollegen des Vaters, den Mauern und Bauarbeitern von demselben Bau, wo der Vater in Beschäftigung stand, gewidmet war. Der Geistliche forderte die Entfernung des Kranzes bezw. der roten Schleife, widrigenfalls er sein geistliches Amt nicht ausführen zu können, vorgab. Die Deputation der Arbeitskollegen des Vaters sah keine Veranlassung, diesen Wünschen nachzukommen, und so kam es zu peinlichen Auseinandersetzungen am Sarge. Als man dem geistlichen Herrn trotz alledem den Gefallen nicht tat, den Kranz zu entfernen, verzweigte er dann auch die geistliche Tätigkeit, und so wurde das Mädchen ohne diesen geistlichen Beistand begraben. — Der Geistliche hat gehandelt, wie nach seiner orthodoxen Auffassung es der Beruf eines christlichen Predigers war. Wer sich solche peinliche Szenen am Sarge eines seiner verstorbenen Angehörigen ersparen will, sei konsequent und verzichte auf die Mitwirkung geistlicher Herren bei solchen Anlässen.

Wegen Heiratens 45 Tage Haft! Aus München wird gemeldet: Wegen Verletzung ohne dienliche Einwilligung hatte sich der Leutnant im Schwereu Regiment Graf Edgar Wolfsteil, geb. 1875, vor dem Kriegsgericht der 1. Division zu verantworten. Wegen Verletzung der militärischen Disziplin und zur Wahrung militärischer Interessen fand die Verhandlung bis zur Verlesung des Urteils unter vollständigem Ausschluss der Öffentlichkeit, einschließlich der Presse, statt. Graf Wolfsteil benutzte seinen Urlaub im Sommer 1903, um sich am 30. Juni in England mit der Schauspielerin Tomhat, der bekannten früheren Tänzerin an der Münchener Hofbühne und nachmaligen Schauspielerin in Berlin, Marletta Dilly, ohne dienliche Bewilligung trauen zu lassen. Der Angeklagte wurde mit Rücksicht auf seine Jugend, und unter Würdigung seiner Angabe, er habe völlig unter dem Einfluß seiner Frau gestanden und unter großer körperlicher und geistiger Depression gelitten, zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt. — Ein in jeder Hinsicht bemerkenswertes Kulturbild! 1. Was hat es mit militärischen Interessen zu tun, daß ein Leutnant sich wegen Nichterhaltung des Heiratskonsenses zu verantworten hat? 2. Was ist das für ein Kriegsheld, der sich weinerlich auf den Einfluß seiner Frau und die seelische Depression beruft? 3. Interessant ist aber vor allem die vergleichsweise Höhe der Strafe. Während die schwersten Mißhandlungen mit ein paar Tagen Stubenarrest abgemacht werden, muß hier ein Offizier wegen Verstoßes gegen die wahrhaft mittelalterliche Heiratskonsens der persönlichen Freiheit, die der Heiratskonsens bedeutet, auf 45 Tage in Haft. Um wie viel billiger wäre der Leutnant und Graf davon gekommen, wenn er eine seelische Depression statt an seiner Frau an seinen Rekruten ausgelassen hätte.

Eine Ordnungsgestaltung. Aus München wird geschrieben: Gelegentlich einer Revision bei der zweiten Münchener Schreiner- (Meister-) Produktionsgenossenschaft wurden in den vorliegenden Jahren die Höhe von 4000 Mk. entrichtet. Der Geschäftsführer Paul Köhler, eine Ordnungsgestaltung erster Klasse bezog 170 Mk. Monatsgehalt und ca. 1200 Mk. jährliche Taxation. Verschiedene Labeleien sollen den Ordnungsmann, der selbst nicht verheiratet ist, auf die schiefste Ebene gebracht haben.

Aus den Trümmern des zusammengefallenen Dekorationsgebäudes des Werner Stadttheaters wurden zwei weitere Tote hervorgehoben, insbesondere sind vier Arbeiter tot und vier verwundet. Ein noch stehender Teil des Gebäudes droht einzustürzen.

Ein Schatz von 150000 Dollars herabst. Um 150000 Dollars ist, wie aus Paris berichtet wird, dort ein Deutscher beschlagnahmt worden. Der Deutsche, namens Richard Charlow, ehemals Helfer an Bord eines Ozeandampfers hatte in einer New Yorker Wohltätigkeitslotterie 150000 Dollars gewonnen und ausbezahlt erhalten. Er trug diese Vermögen in Gestalt eines Schecks bei sich. Abends wurde Charlow an dem Nordbahnhof von zwei Landknechten angegriffen, zum Trinken verleitet und, als er in einer Bar eingeschlämmt war, ausgeplündert. Charlow hat bei dem deutschen Konsulat um Repatriierung gebeten. Gegen die Auszahlung des Schecks wurde Protest erhoben.

Der Frauenmörder Hoch in Chicago ist zum dritten Male der Vollstreckung seines Todesurteils entgangen, indem er eine Revision seines Falles seitens des Obergerichts erwirkte.

Literarisches. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 17 des 15. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Gegen den Fleischwucher. — Jugend und Sozialismus: III Von J. Trabinger. IV. Von Emy Stod. V. Von Emil Unger. — Heimarbeit oder Volksbildung? Von M. S. — Arbeiterinnenorganisation in Frankreich. Von ad. br. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizen: Der Kampf in der vogtländisch-thüringischen Textilindustrie. — Frauenbewegung. — Ver-

schiedenes. — Dichtung. — Feuilleton: Gesh und Not. Spruch von Wolfgang Goethe. — Der Holzer Kunst. Eine einfache Geschichte aus dem Gebirge. Von H. Faber. Beilage: Bericht der Vertrauensperson der Gewerkschaften Deutschlands von August 1904 bis Juli 1905. — Adressenverzeichnis der weiblichen Vertrauenspersonen in Deutschland. Franzen-Beilage: Wanderers Nachbilder. Von Wolfgang Goethe. (Gedichte.) — Neuland. II Von A. Fendrich. — Ueber mein Kind gebeugt. Von Franz Diederich (Gedicht.) — Wonne der Liebe. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht.) — Chemie der Küche: Das Wasser. Von Dr. Ch. — Die Mutter als Erziehlerin. — Für die Hausfrau. — Hygiene. — Der Schäfer. Von W. Goethe. (Gedicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2,80 Mk.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 17. Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Eine Vision des Jansen“ und „Von den Pilgerzügen nach Rom“, sowie die Illustrationen „Der Bar und Benewitsch“, „Die englischen Scherpe in de Diller“, „Der Ausperrungstiger“, „Die fünf Sinne des Ministers Ruffkat“, „Freundschaft“, „Der Bauer vorm Reichstag“, „Die offene Tür in Drafen“, „Die Toleranten“ und „Schmann redivivus“. Außerdem bietet die Nummer ein Porträt des verstorbenen Parteigenossen Dr. Curt Großewitz, nebst einer kleinen biographischen Skizze über denselben. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der erste Sieg“, „Aus Lype“ von Eric Mühsam, „Kleinfant“, „Die Stuetzreise“, „Höflich“, „Bebauerlich“, „Stück auf Bülow“, „Diran“, „In der Werkstatt“ von Josef Hofbauer und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die Humoreske: „Nächtliche Seelsorge“, eine wahre Dorfgeschichte von W. Bromme und die satirischen Feuilletons „Wie es wirklich war“, „Monarchenbegegnung“ und „Frisen aller Länder vereinigt Euch!“. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer beträgt 10 Pfennig.

Kommunale Praxis, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, herausgegeben von Dr. Ad. Sidler in Berlin. In ihrer neuesten Nummer wiederholt die „Kommunale Praxis“ die dringende Mahnung an die Gemeindeverwaltungen, dem Problem der Fleischversorgung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei der unrichtigen Haltung der preussischen Regierung unter Bodelschwili, die für die anderen Bundesstaaten maßgebend ist, bleibt einer gewissenhaften Gemeindeverwaltung nichts anderes übrig, als schleunigst mit direkter Hilfe einzugreifen: neben der sofortigen Aufhebung der städtischen Ausschläge auf Lebensmittel kommen dafür noch eine Reihe anderer Maßnahmen in Betracht, über die man in der genannten Wochenchrift das Nähere nachlesen mag. In einem trefflichen Artikel behandelt Dittmer die Arbeiterauschläge der Stadt Berlin, auch so ein „Ruhmesblatt“ freimittiger kommunaler Sozialpolitik. — Reichhaltig ist auch der Notizen-Teil der uns vorliegenden Nummer. — Probehefte der Wochenchrift kann man jederzeit gänzlich kostenlos vom Verlage der „Kommunalen Praxis“ in Berlin W 15 beziehen.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 25. August 1905.

Butter.	
I. Qualität	Mk. 122—128
II. Qualität	108—115
Ferner:	
Russische und ähnliche	105—114
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	102—105
Schlesm. und holst. Bauernbutter	—
Galizische und ähnliche	89—92
Finnische Waare	—
Amerikanische	—

Schwanz-Viehmarkt.

Hamburg, 24. August
Der Schweinehandel verlief gut. Zuführt wurden 1301 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Schweine — Mk., Verkaufsschweine, schwere — 69 Mk., leichte 68,00—69 Mk., Sauen 60—65 Mk. und Ferkel 63—67 Mk. pro 100 Pfund.

Willy Koch,
Bahntechniker,
Lübeck, Holstenstr. 21.

Achtung Schmiede!

Verammlung
am Sonnabend den 26. August
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:

- Bericht des Central-Vorstandes vom Gewerkschafts-Kongress.
 - Parteilbericht.
 - Fragekasten und Verschiedenes.
- Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich in der Verammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Petersen's Klubhaus
Hartengrube 25/27.
Sonntag den 27. August 1905:

Tanz-Kränzchen.
Anfang 4 Uhr nachm.

Gesellschaftshaus Adlershof.
Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Restaurant Wakenitz-Ruh
Vermietung von Lustböden.
F. Franz, Augustenstraße 30.

Vorstädtische Bierhalle
Cronsford, Allee 33a.
Angenehmer Aufenthalt.
Geschützter Garten.
Kinderspielplatz.
Doppelkegelbahn.
Oscar Häring.

Kaffeehaus Moising.
Jeden Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.
Montag: Moisinger Markt.
Große Tanz-Musik.
A. Schreiber.

Bereinshaus.
Sonntag:
in den Gaststuben
Unterhaltungs-Musik.

Friedrich-Franz-Halle
Heute Sonntag:

Familien-Kränzchen
Gustav Glöde.

Waisen-Hof.
Morgen Sonntag:
— Tanz. —

Brauerei Fadenburg.
Sonntag den 27. August 1905:

Grosses Konzert.
Hebbensche Kapelle.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg. Programm gratis.

Arbeiter-Radsfahr.-Verein Lübeck.
Gegründet 1894.

Tour nach Wismar
am Sonntag den 27. August 1905.
Abfahrt 5 Uhr morgens vom Burgtor.
Der Vorstand.

Gesangverein „Sangeslust“ Moising.
— BALL —

am Sonntag den 27. August 1905
im Lokale des Herrn J. Schlering, Moising.
Anfang 6 Uhr Eintritt 1 Mk.
Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Gesang-Verein
„Freiheit“

BALL

am Sonntag den 27. August
im Lokale des Herrn F. Jenkel,
„Einsegl“.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Tiergarten
Arminstraße 51.
Angenehmer Familienaufenthalt.

Sonntag den 27. August:

Großes Gartenkonzert
Eintritt 10 Pfg.
Kinder in Begleitung der Eltern frei.
W. Grammerstorf.

NB. Dreifuss, das Wunderkalb.

„Im Goldenen Apfel“
1 Schmiedestraße 1.
Ausstellung
hochmoderner Johannistest-
Drucksachen aus über 100 Orten
und anderer vorzüglicher Erzeug-
nisse der Buchdruckpresse
veranstaltet vom „Buchdrucker-Verein in Lübeck“
am Sonntag den 27. August.
— Eintritt frei — Geöffnet den ganzen Tag.
Interessenten laden zu dieser Ausstellung hier-
mit ein
H. Stahr.



**St. Jürgen-
Niederfranz.
Sommer-Fest**
verbunden mit
Preisschüssen für Herren, Damen- und
Kindervergnügen mit nachfolgendem Ball
am Sonntag den 27. August
im Lokale des Herrn Fürbötter,
Wakenitz-Bellevue.
Tombola-Ziehung 9 Uhr
Der Vorstand.
NB. Vormittags von 11—1 Uhr Preis-
schließen.

Central-Hallen.
Dankegrube 20—22.
Jeden Sonntag:
Großer Tanz
in beiden Sälen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter
(G. S. Nr. 24).

Außerordentliche
General-Versammlung
am Montag den 28. August 1905
abends 8^{1/2} Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung
1. Beschlußfassung betr. Uebertritt der Freiwilligen Kranken- und
Sterbekasse (G. S. Nr. 6).
2. Eventuell Wahl eines zweiten Bureaubeamten.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Der Vorstand.
NB. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Achtung Zimmerer!
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag den 27. d. Mts.
vormittags 11 Uhr
im Lokale des Herrn Braasch, „Der Schwarzen Dohle“, Hundestr. 41.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
In dieser Versammlung müssen sämtliche Mitglieder er-
scheinen.
Die Streikleitung.

Restaurant „Zum Landhaus Schönböken.“
Fernruf 1628.
Gartenwirtschaft, Saal und Doppel-Regelbahn.
Angenehmer Aufenthaltsort für Familien, Clubs und Vereine.
C. Storm.
NB. Omnibus für Gäste zur freien Benutzung von 3^{1/2} Uhr an ab Ecke Schönbökenstraße.
Sonntag den 27. d. Mts.: **Grosses Sacklaufen**
mit nachfolgendem Tanzfränzchen.

Konzerthaus Flora.
Anfang 4 Uhr. Jeden Sonntag: **Tanzfränzchen.** Anfang 4 Uhr.
Eintritt frei.

Lassalle-Feier

bestehend in
**Konzert, Gedächtnisrede (geh. vom Gen. P. Müller-Hambg.), Gesangvorträgen,
Aufführungen des Arbeiter-Turn-Vereins und des Arbeiter-Radfahrer-Vereins**
am **Donnerstag den 31. August 1905**
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50/52**
Saalöffnung 7^{1/2} Uhr. **Preis der Karte 20 Pfg.** Anfang präzise 8 Uhr.

Karten sind zu haben: im „Vereinshaus“, in der Expedition des „Lübecker Volksboten“, bei C. Wittfoot, Hähstraße 18, Schröder,
Leberstraße 3, W. K. K. K. K., Kupferstraße 11, und bei den bekannten Parteigenossen.
Das Komitee.

Einladung zum
ERNTEBIER
der **Gärtner-Arbeiter**
am **Dienstag den 29. August 1905**
im Lokale des Herrn W. Dassler,
KOLOSEUM.
Anfang 4 Uhr. **Eintritt 1 Mk.**
Um 9, 11 und 1 Uhr Quadrille.
Hierzu laden ergebenst ein die diesjährigen
Schaffer **H. Drenkhahn, W. Denker.**

Stadt-Halle.
Sonntag: Aufgehobenes Abonnement.
Gastspiel Fr. Waldheim u. Hr. Meffert.
Der Zigeunerbaron.
Operette in 3 Akten von F. Strauß
Anfang 7 Uhr. Von 6 Uhr Konzert.
Montag: Abonnem.-Vorstellung 90.
Einmalige Wiederholung von:
Die Frau vom Meer.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfs-
arbeiter und Arbeiterinnen Deutschl.**
(Zahlstelle Lübeck.)

Einladung zum
10. Stiftungsfest
bestehend aus
**Konzert, Festrede, Ball, Preisschießen für Herren,
Damen- u. Kindervergnügen, Tombola u. Laternen-
polonaise**
am **Sonntag den 27. August 1905**
im **„Colosseum“.**
Anfang 4 Uhr. **Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.** Ende 2 Uhr.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Damen- und Kindervergnügen findet von 4—7 Uhr statt.
Ziehung der Tombola 9^{1/2} Uhr.
Das Fest-Komitee.
NB. Die Mitglieder der nachliegenden Zahlstellen sind hiermit freundlichst eingeladen.

**Arbeiter-Turnverein
Lübeck.**

Einladung zum
13. Stiftungs-Fest
verbunden mit Schanturnen
am **Sonntag den 10. September 1905**
im **„Vereinshaus“, Johannisstr. 50—52.**
Anfang 5 Uhr. **Anfang des Turnens 7^{1/2} Uhr.** Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., Damen frei. Garderobe à Person 10 Pfg.
Das Komitee.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

Einladung zum
Sommer-Vergnügen
bestehend in
Konzert, Herren, Damen- und Kindervergnügen mit nachfolgendem Ball
am **Sonntag den 27. August 1905**
im **Restaurant „Tiergarten“.**
Anfang 3 Uhr. **Eintritt à Person 10 Pfg.** Kinder frei.
Preisschießen für Herren: von 11—1 und von 3—6^{1/2} Uhr.
Bei Eintritt der Dunkelheit Laternenpolonaise.
Laternen mit 2 Lichtern sind zum Preise von 10 Pfg. pro Stück dort erhältlich.
Das Komitee.

Verband d. Schneider u. Schneiderinnen Lübeck.

Einladung zum
BALL zu Ehren der Delegierten
am **Sonntag den 27. August 1905**
im **„Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.**
Anfang 6 Uhr. **Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.** Ende 2 Uhr.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.